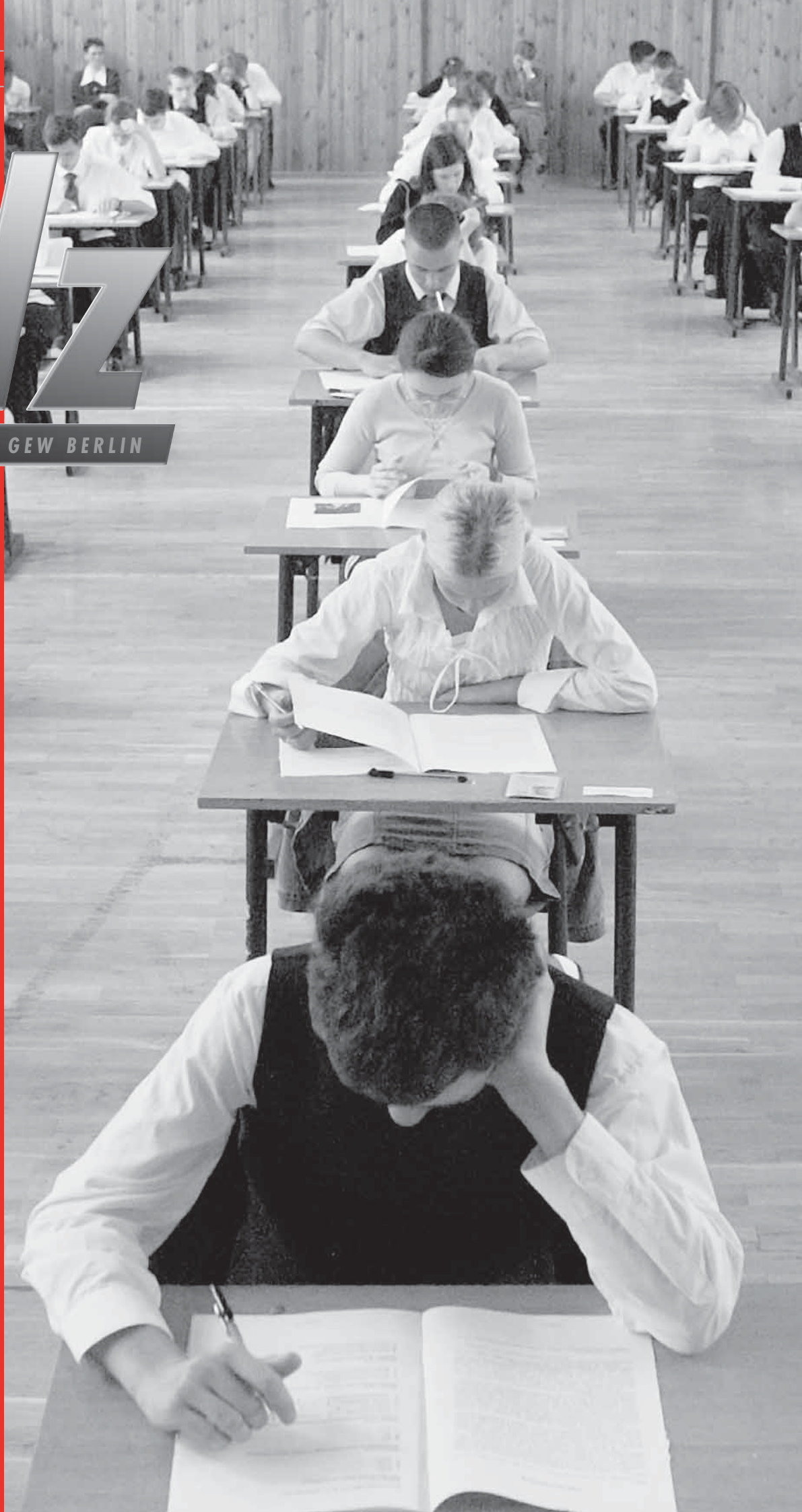
SEPTEMBER 2007

blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN

60.(75.) JAHRGANG



STANDPUNKT
Streit unter Schwestern

TITEL
Erfahrungen mit dem Zentralabitur

SCHULE
Runder Tisch Gemeinschaftsschule

Die 100-Prozent-Schule

TENDENZEN
Kinderarbeit und Armut

SENIORITA
Vier Seiten für das gehobene Alter

FOTO: IMAGO/SUPER EXPRESS

ÜBRIGENS

Guter Start ins neue Schuljahr, das könnte an dieser Stelle stehen, wenn es nicht allzu ironisch wäre. Denn immer noch fehlen Lehrkräfte und ErzieherInnen. Dass sich die Personalkostenbudgetierung als rettender Anker erweist, darf bezweifelt werden. Und ein Tarifvertrag für Lehrkräfte scheint weiterhin Zukunftsmusik zu sein. Es bleibt also dabei, wir brauchen euch zum Durchsetzen der gemeinsamen Interessen und eure Berichte für die blz.

Eine traurige Nachricht gibt es aus der Redaktion zu berichten. Folker Schmidt und Andreas K. Schmidt pausieren für mindestens ein Jahr. Wir wünschen uns für beide, dass es bei dem einen Jahr bleibt. Denn sie reißen damit eine große Lücke in die Redaktion – und das nicht nur für den Bereich Hochschule.

Weil alles mehrere Seiten hat, haben wir den aktuellen Titel dem Zentralabitur gewidmet: War wirklich alles besser oder gerechter und zu wessen Lasten ging es? *sigrid*

Redaktionsschluss: blz 11/2007: 28.9.

IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

Redaktion:
Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordinierung und Schlussredaktion), Richardo Zeh, Andreas Kraft, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck.
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:
GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 9 vom 1.7.2003

Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,
Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck:
Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 6, 10587 Berlin

ISSN 0944-3207 9/2007: 22.000

INHALT

3-5 Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion |

TITEL

6 Senatsjubel auf Kosten der Lehrkräfte — Michael Brüser
8 Wir haben unsere Chance genutzt — Hannah Jeschal
9 Gut vorbereitet war es nicht — G.-Keller-Gymnasium
10 Was kommt denn eigentlich dran? — Nina Niedermeyer

SCHULE

11 Drei wacklige Säulen — Peter Sinram
13 Mit der Gemeinschaftsschule geht es voran — Marliese Seiler-Beck

SOZIALPÄDAGOGIK

16 Wozu Profession – sie zählt immer weniger — Andreas Kraft

SENIORITA

17 Interview mit U. Widmer-Rockstroh — Klaus Will
19 Mit der GEW war ich immer zufrieden — Dieter Haase
20 Ein Ehrenamt, das Spaß macht — Marianne Pousset

HOCHSCHULE

21 Masterplan eine Nullnummer? — Folker Schmidt
22 Privatisierung im Trend — Malah Helman

GEWERKSCHAFT

24 Der Mete-Eksi-Preis 2007 — Monika Rebitzki
24 Macht mit — Friedens-AG
25 Der Streik der Lehrkräfte — Jonas Mücke

TENDENZEN

27 Kinderarbeit und Schule — Manfred Liebl

RECHT & TARIF

30 Kurzmeldungen

SERVICE

31 Theater und Schule | Fortbildung | Materialien

LEUTE

Georg Christaller ist tot. Der Diplomphysiker lehrte an der TFH Berlin und war lange Zeit auch im Landeselternausschuss aktiv. Ulrich Thöne hat ihn in seiner Zeit als GEW-Landesvorsitzender kennen gelernt und erinnert sich: „Vieles in meiner Arbeit in Berlin verbindet sich mit Georg Christaller. Er hat sich auf Elternseite engagiert, nachdrücklich aber auch humorvoll für die Gemeinsamkeit zwischen Eltern, SchülerInnen, ErzieherInnen und LehrerInnen eingesetzt. Probleme waren für ihn Herausforderungen. Deswegen hat er tatkräftig das Aktionsbündnis ‚Zukunft für Bildung' mitgegründet und in diesem Sinne gewirkt. Georg Christaller bleibt ein Freund und Vorbild."

Anita Schindler (Neukölln) und **Dieter Paetsch** (Tempelhof-Schöneberg) heißen die gleichberechtigten Vorsitzenden der neugegründeten „Vereinigung Berliner Schulpsychologen in der GEW". Die Vereinigung wird künftig die Interessen der Schulpsychologie als Fachdienst und Unterstützersystem für die Berliner Schule vertreten. Im Juli gab es ein erstes Gespräch mit Bildungs-Staatssekretär Eckart Schlemm über die Umsteuerungsprozesse des Schulpsychologischen Dienstes.

Jörg Köbke (39) will Lehrern und Schulen helfen mit einer Lehrervermittlungsbörse im Internet. Bei seiner Firma „Lehrcare" stellen die Lehrer ihre Daten selbst ein, Schulen können dann die Datenbank im Abonnement benutzen, was immerhin 150 bis 250 Euro kosten soll. Billiger ist es bei der Agentur für Arbeit, da muss man gar nichts zahlen. Und auch die Senatsbildungsverwaltung will für den Vertretungsbedarf eine eigene Datenbank einrichten. Die Berliner GEW-Vorsitzende Rose-Marie Seggelke findet ohnehin, dass die Bereitstellung von Lehrern Aufgabe des Staates sei und nicht privatisiert werden dürfe, sagte sie der *Berliner Zeitung*.

Sarra Kebir hat ihr Abitur am Menzel-Gymnasium mit einem sagenhaften Notenduchrschnitt von 0,7 gemacht – auf dem Zeugnis erscheint allerdings nur die Note 1,0. Kunst war ihr schlechtestes Fach: nur eine Eins minus! Die Tochter der Autorin Sabine Kebir (u.a. Brecht-Buch „Ein akzeptabler Mann" und 2006 über die Brechtgefährtin Ruth Berlau „Mein Herz liegt neben der Schreibmaschine") will jetzt Wirtschaftsingenieurswesen in Karlsruhe studieren.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Oh sister, where art thou?

Die Gewerkschaft ver.di und der Tarifkampf der Lehrkräfte.

von Rose-Marie Seggelke, Vorsitzende der GEW BERLIN

Wie schwierig es sein kann, mit einer großen Schwester auszukommen, weiß ich aus früher Erfahrung. In unserer Kindheit haben meine Schwester und ich heftig miteinander gestritten und um die Gunst der Eltern konkurriert. Inzwischen sind wir erwachsen und ein bisschen weise. Wir achten uns in unserer Unterschiedlichkeit und freuen uns, wenn wir einander treffen. In Konflikten halten wir zusammen und unterstützen uns gegenseitig.

Wie viel schwieriger der Umgang mit einer großen Schwestergewerkschaft ist, habe ich erst in den letzten Jahren erfahren. Unsere große Schwestergewerkschaft ver.di ist noch jung und kein bisschen weise. Sie konkurriert heftig mit GEW und GdP und geht dabei so weit, dass sie auf Bundesebene die Kooperation mit dem Beamtenbund einer Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften vorzieht. Hier in Berlin versagt uns ver.di jegliche Unterstützung in den derzeitigen Tarifverhandlungen für die angestellten Lehrkräfte. Die Argumentation von ver.di ist simpel: „Ihr hättet 2003 den Anwendungstarifvertrag auch für Lehrkräfte unterschreiben können, dann gäbe es jetzt kein Problem." Was ver.di vergessen hat: 2003 ist bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst allein bei den Lehrkräften die Arbeitszeit erhöht worden. Gemäß Anwendungstarifvertrag sollte diese höhere Arbeitzeit um 10 oder 12 Prozent abgesenkt werden mit der verlockenden Aussicht, die Hälfte der Absenkung einem Lebensarbeitszeitkonto gutgeschrieben zu bekommen. Wir haben damals den Tarifvertrag für die Lehrkräfte nicht unterschrieben, weil er bedeutet hätte, dass LehrerInnen bei 10 bis 12 Prozent Gehaltsabzug mehr hätten arbeiten müssen als 2002. Ver.di will bis heute nicht wahrnehmen, dass die Berliner Lehrkräfte in einem Maß geschröpft worden sind, das alle sogenannten Solidarbeiträge der Beschäftigten im öffentlichen Dienst überschreitet. So erhalten neueingestellte Lehrkräfte weder Weihnachts- noch Urlaubsgeld noch die Tarifanhebung von 2003 und 2004, müssen aber als einzige Beschäftigtengruppe länger arbeiten als 2002. Das macht einen „Solidarbeitrag" von über 15 Prozent aus. Eine Rechnung, die einfach und leicht nachvollziehbar ist. Anscheinend aber nicht für ver.di. Ver.di verkündet, dass sie keine „Sonderbehandlung" für Lehrkräfte dulden werde, nimmt aber seit über vier Jahren ohne Protest hin, dass diese Berufsgruppe besonders schlecht behandelt wird.

Die wahren Motive für die versagte Solidarität liegen auf der Hand: ver.di hat aufgrund des Anwendungstarifvertrags von 2003 und der schlechten Tarifabschlüsse der letzten Zeit (z.B. Telekom) einen schmerzhaften Mitgliederschwund. Jeder Tarifabschluss anderer Gewerkschaften wie unter anderem der IG-Metall und transnet, der Verbesserungen für die Mitglieder bringt, verstärkt die Unzufriedenheit der ver.dianer und forciert die Austrittswelle. Mit der GEW BERLIN hat ver.di darüber hinaus das Problem, dass unter anderem nach der Übertragung der Horte an die Schulen viele ErzieherInnen zu uns gewechselt sind, weil wir das bessere Angebot an Beratung und Fortbildung haben und uns intensiver um das einzelne Mitglied kümmern. Mit der Überführung der Lehrkräfte in den Tarifvertrag Länder würde die Attraktivität der GEW BERLIN weiter steigen und das will ver.di verhindern nach der Devise: „Wer klein ist und nicht in uns aufgehen wollte, muss klein bleiben und sich uns bescheiden unterordnen."

Gut, dass wir im öffentlichen Dienst noch andere Schwestergewerkschaften haben, die IG BAU und die GdP. Die sind mit uns solidarisch und unterstützen unsere Forderung nach dem TV-L für Lehrkräfte. Irgendwie war mir immer klar, dass es sich mit kleinen Schwestern einfacher leben lässt als mit großen.

ErzieherInnenprotest vor dem Rathaus Neukölln am 4. Juli 2007. Siehe auch Info-Kasten auf der nächsten Seite.

FOTO: TRANSIT/CHRISTIAN V. POLENTZ

Vierzehn Schulen sind für den Deutschen Schulpreis nominiert

Die Carl-von-Linné-Schule, Sonderpädagogisches Förderzentrum in Lichtenberg, ist in die engere Auswahl für den Deutschen Schulpreis der Robert-Bosch-Stiftung gekommen. Insgesamt 14 Schulen aus ganz Deutschland hat die Jury vor den Sommerferien ausgesucht. Bei einem Besuch der Schule prüfen die Juryteams nun, wie die eingereichten Bewerbungsunterlagen dem Schulalltag vor Ort entsprechen. Auf dem Programm stehen neben Unterrichts- und Projektbesuchen auch Gesprächsrunden mit Eltern, Schülern und Lehrern. Danach kommen 10 Schulen in die Endrunde. Verliehen werden der Deutsche Schulpreis (50 000 Euro) und vier weitere Preise (jeweils 10 000 Euro) im Dezember 2007 in Berlin.

Mittagessen an gebundenen Ganztagsschulen wird bezahlbar

Mitte Mai hatte die Vereinigung der Berliner Schulleiterinnen und Schulleiter (VBS) gemeinsam mit dem Ganztagsschulverband darauf aufmerksam gemacht, dass immer mehr Kinder an den gebundenen Ganztagsgrundschulen aus finanziellen Gründen nicht am gemeinsamen Mittagessen teilnehmen. VBS und Ganztagsschulverband führten zu diesem Thema auch Gespräche mit der Senatsbildungsverwaltung sowie dem Fraktionsvorsitzenden der SPD Michael Müller. Jetzt gibt es eine Lösung des Problems: SPD- und Linksfraktion haben sich darauf verständigt, dass ab 1. Januar 2008 alle SchülerInnen an gebundenen Ganztagsgrundschulen Berlins, die auch von der Lernmittelzuzahlung befreit sind, ein subventioniertes Mittagessen für 23 Euro erhalten. Bisher mussten dafür oft mehr als 40 Euro aufgebracht werden. Darüber hinaus soll ein Härtefallfonds eingerichtet werden, mit dem Ganztagsschulen selbst dazu beitragen können, dass alle Kinder Mittagessen bekommen.

Entwurf der Änderung des Personalvertretungsgesetzes vorgelegt

In den Ferien erreichte die GEW der Entwurf zur Änderung des PersVG. Danach sollen künftig Schulpersonalräte, die gleichzeitig auch die Rechte der Frauenvertretungen wahrnehmen, für befristete Einstellungen von zwei bis sechs Monaten zuständig sein. Diese Schulpersonalräte erhalten keine Freistellung und sollen alles außerhalb der Unterrichtszeit erledigen. Weitere Punkte des Entwurfs betreffen die Beteiligungsrechte bei den Ein-Euro-Jobs und die Einschränkung der Mitbestimmung.

Sofortprogramm zur Entlastung der Schulen

Die Projektgruppe „Entbürokratisierung“ hat ein Sofortprogramm entwickelt mit 18 Maßnahmen zur Entlastung der Schulen, wovon die meisten direkt den LehrerInnenalltag betreffen: Korrekturen, Gutachten, Zeugnisse und anderes mehr. Ausgemustert wurden Tätigkeiten, die nach Einschätzung der Arbeitsgruppe keinen Beitrag zu einer besseren Schule leisten. Ob sich alle Maßnahmen auch umsetzen lassen, prüft jetzt die Verwaltung. Fraglich ist dies zum Beispiel bei dem vereinfachten Verfahren für die Präventionsgespräche. Das Sofortprogramm ist zu finden unter: www.berlin.de/sen/bildung/bildungspolitik/. Die Stellungnahme der GEW war bis zum Redaktionsschluss der blz noch in Arbeit und ist auf der Internetseite der GEW BERLIN zu finden.

Empfehlungen zur Lehrkräfteplanung und -zuteilung

Nach den Empfehlungen der Projektgruppe sollen Schulen künftig schon vor Beginn der Sommerpause wissen, mit welchem Personal sie ins neue Schuljahr starten. Dazu sollen alle notwendigen Daten und Fakten für das kommende Schuljahr bis zum 1. Februar jeden Jahres mit Zugriffsrecht der Schulen auf diese Daten zusammengetragen werden. Schon im April sollen dann die Einstellungs- und Umsetzungsverfahren abgeschlossen sein, wobei der Zeitraum für den Ausgleich von Personalungleichgewichten auf drei Jahre erweitert werden soll. Bei diesem Verfahren soll regelmäßig die Zuweisung von Personalressourcen (zum Beispiel für Sprachförderung, Integration, Profilbildung) evaluiert werden, das Personalkostenbudget für die Vertretungsreserve an den Schulen soll erhöht, das Einstellungsverfahren gestrafft werden. Die Auswahl der Lehrkräfte soll die Schule selbstständig vornehmen können, was die Einrichtung von Schulpersonalräten notwendig mache. Viel Explosives steckt in dem 35-seitigen Papier plus Anlagen. Klar ist zunächst nur, dass so weitreichende Veränderungen erst erprobt werden müssen durch Schulen, die dies auf freiwilliger Basis machen wollen.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

„Das können wir unseren deutschen Kunden nicht erklären", *blz Juli-August 2007*

Die nüchterne Bilanz sei hier noch nachgetragen: 3 von 83 SchülerInnen der Eberhard-Klein-Oberschule konnten bis Anfang Juli einen Ausbildungsvertrag unterschreiben, obwohl 13 Prozent den Mittleren Schulabschluss (MSA) geschafft hatten. Eine ganze Schülergeneration ausschließlich mit Migrationshintergrund wird damit ins Aus manövriert, wobei nicht nur arbeitsmarktpolitische, sondern auch diskriminierende Aspekte wirksam werden. „Sie haben einen deutschen Pass, sind aber Türke" und „Macht nicht so einen guten Eindruck bei den Hotels, wo wir jetzt tätig sind, wenn da Türken arbeiten" bekam ein Schüler mit deutschem Pass und türkischem Migrationshintergrund bei seinem ersten Bewerbungsgespräch zu hören. Die Gebäudereinigungsfirma erkundigte sich außerdem nach den Deutschkenntnissen seiner Eltern und bot ein zweimonatiges unentgeltliches Praktikum in der Sommerzeit ohne weitere Perspektive an. Die meisten SchülerInnen erhielten nicht die Chance, ihre Stärken zu zeigen. Wann erkennen Wirtschaft und Politik den dringenden Handlungsbedarf?

Christine Baur

Leute-Notiz zu Benno Linne, *blz Juli-August 2007*

Mit großem Interesse lese ich als langjähriges Gewerkschaftsmitglied die blz, dabei auch die Rubrik „Leute". Über die Notiz zu Benno Linne und seine Tätigkeit als Schulleiter an der Deutschen Schule in Mexiko-Stadt bin ich aber sehr empört und finde, dass Sie mit diesem Text die Grenzen der journalistischen Anständigkeit und Fairness überschreiten. Ob es überhaupt von allgemeinem Interesse ist, in welcher Art und Weise ein ehemaliger Mitarbeiter der Senatsverwaltung seine Tätigkeit in Mittelamerika ausübt, wäre eine weitere Frage. Was beabsichtigen Sie mit dieser Darstellung? Abgesehen davon, dass ich auf der Grundlage vieler persönlicher und dienstlicher Kontakte zu Benno Linne eine solche pauschale, ironisch verkleidete Diffamierung seiner Arbeit in der Senatsverwaltung („keine Fangemeinde") in keiner Weise nachvollziehen kann, finde ich es ungehörig, aus der zeitlichen und räumlichen Distanz heraus sich in dieser Art kritisch, verletzend und persönlich herabsetzend über jemanden zu äußern, ohne dass der Betroffene die Möglichkeit hat, sich mit den Äußerungen auseinander zu setzen, Korrekturen vorzunehmen, Richtigstellungen oder Belege einzufordern, einzelne Unterstellungen zu widerlegen.

Ich bedauere, dass sich eine Gewerkschaftszeitung solcher diffamierender Methoden bedient, die ich allenfalls in Boulevardzeitungen erwartet hätte, ohne sie dort etwa zu akzeptieren. Ich erwarte eine Entschuldigung für diesen journalistischen faux-pas in der nächsten Ausgabe der BLZ.

Norbert Wimmer

(Die Redaktion nimmt sich die Kritik zu Herzen.)

Manfred Triebe über Brigitte Picks Buch „Kopfschüsse", Juni-blz 2007

Im Zentrum seiner Kritik liegen die Kollegenschelte der Schulleiterin der Rütlischule und deren Selbstrechtfertigungsversuche in ihrem Buch, das sehr schnell im Buchhandel vergriffen war. Warum wohl? Weil Brigitte Pick mit ihren Fallbeschreibungen die Lage einzelner Schüler treffend beschreibt und diese mit einer strukturellen Kritik der Hauptschule als Restschule verbindet. Vor allem sieht sie die Perspektivlosigkeit vieler ihrer SchülerInnen, angesichts der enormen Jugendarbeitslosigkeit. Was blieb ihr als Schulleiterin anderes übrig, als in konkreten Notsituationen und Konflikten, persönlich einzugreifen und zu helfen – zu vermitteln?

Dass ein Teil der Hauptschullehrerschaft nicht mehr die Kraft hat, die schwierige Arbeit vor Ort zu bewältigen, ist nicht neu. Die Zuspitzung im Frühjahr 2006 an der Rütlischule ist kein Zufall. Die besondere soziale Brennpunktsituation des Reuterkiezes in Neukölln ist schon lange bekannt. Brigitte Pick hat sie mit ihren „Geschichten" im Buch treffend charakterisiert. Ich fand auch die Beschreibung ihrer früheren Zeit als Junglehrerin an einer Sonderschule und den Wechsel an die Rütlischule in den siebziger Jahren lesenswert. Man kann Brigitte Picks Buch sehr wohl als weiteren Beleg der Bildungsmisere werten. Ihre persönliche Enttäuschung am Ende einer „langen Dienstzeit" ist nachvollziehbar.

Lothar Kunz

LAND UNTER IN SÜDOST: VOM ERZIEHERÜBERHANG ZUM ERZIEHERMANGEL

Unter dem Motto „Land unter in SüdOst" fand am 4. Juli bei strömenden Regen eine Aktion von Kitas aus dem Eigenbetrieb SüdOst statt. 200 ErzieherInnen, Kinder und ihre Eltern hatten sich zu einer Protestveranstaltung vor dem Rathaus Neukölln versammelt, um gegen den drohenden Abzug von 78 ErzieherInnen aus dem Eigenbetrieb SüdOst zu protestieren.

In den gebundenen und offenen Ganztagsgrundschulen besteht ein großer Ersatzbedarf an ErzieherInnen zu Beginn des neuen Schuljahres: Mindestens 200 Vollzeitstellen sind neu zu besetzen. Um dem drohenden Erziehermangel begegnen zu können, hatte die Senatsverwaltung für Finanzen bereits am 20. Juni verfügt, dass ErzieherInnen nicht mehr prämienbedingt ausscheiden können und die Alterszeit nur noch ab 60 Jahren in Anspruch genommen werden kann. Das zentrale Personalüberhangsmanagement hat nun außerdem verfügt, dass die 160 ErzieherInnen aus dem zentralen Stellenpool, die bislang in die Eigenbetriebskitas abgeordnet sind, an die Grundschulen wechseln sollen.

Allein aus dem Eigenbetrieb SüdOst sollen 78 aus dem Stellenpool abgeordnete KollegInnen an die Grundschulen wechseln. Die meisten von ihnen (69) werden auf die gesetzlich vorgeschriebene Personalausstattung angerechnet. Es braucht nicht besonders viel Phantasie, um sich vorzustellen, was ein Abzug in dieser Größenordnung bedeutet. Schon jetzt gibt es nicht besetzte Stellen, und wenn weitere 78 Kolleginnen und Kollegen wegfallen, ist die gesetzlich vorgeschriebene Personalausstattung (die ohnehin nicht ausreichend ist) nicht mehr gewährleistet. Von pädagogischer Kontinuität und Qualitätsentwicklung kann da kaum die Rede sein.

Deshalb muss der Eigenbetrieb umgehend dafür Sorge tragen, dass alle ErzieherInnen aus dem Stellenpool, die im Eigenbetrieb SüdOst für die gesetzlich vorgeschriebene Personalausstattung benötigt werden, dort bleiben und auf festen Stellen beschäftigt werden. Wenn es nicht genügend ErzieherInnen im Stellenpool geben sollte, müssen neue ErzieherInnen eingestellt und Teilzeitkolleginnen aufgestockt werden.

Bärbel Jung

Senatsjubel auf Kosten der Lehrkräfte

Bilanz nach dem Prüfungsmarathon beim Zentralabitur.

von Michael Brüser, Vorsitzender Fachgruppe Gymnasien der GEW BERLIN

Das Schuljahr 2006/07 ist Geschichte und es gilt, Bilanz zu ziehen. Wohl alle KollegInnen, die in irgendeiner Weise mit dem Abitur im letzten Jahr beschäftigt waren, werden in das gleiche Horn stoßen können: Endlich ist dieser Stress vorbei – so ein Schuljahr haben wir noch nicht erlebt. Viele KollegInnen fühlen sich so, als hätten sie ein eineinhalbjähriges Schuljahr durchlitten.

Die Fachgruppe Gymnasium meldet sich in diesem Heft zu Wort, um ihre Sicht der Dinge vor allem bezüglich dreier Problemkreise zur Diskussion zu stellen, die die KollegInnen im letzten Schuljahr so ausgiebig beschäftigt haben:

- die neue fünfte Prüfungskomponente,
- das erstmalig durchgeführte Zentralabitur,
- der veränderte Abiturablauf.

Wie schon seit etwa zwei Jahren bekannt, entschloss sich die Senatschulverwaltung in einem – aus unserer Sicht – Anflug von Wahnsinn, alle Neuerungen auf einmal durchzuführen. Neben den neuen curricularen Vorgaben, den jetzt ab Klassenstufe 11 geltenden neuen Rahmenlehrplänen und der damit verbundenen Neuausrichtung des Unterrichts auf Kompetenzerwerb sollte im Schuljahr 2006/07 die Nagelprobe erfolgen. Wie belastbar sind eigentlich die KollegInnen an unseren Schulen, speziell hier an den Gymnasien und Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe? Nicht vergessen werden sollte zudem, dass die Pflichtstundenzahl mittlerweile bei 26 Wochenstunden liegt, Altersermäßigungen für BeamtInnen gestrichen, die Klassenfrequenzen erhöht worden sind

FOTO: IMAGO/KARLHEINZ EGGINGER

und andere Ermäßigungstatbestände und ein Teil der Verwaltungsstunden dem Rotstift zum Opfer fielen.

Die fünfte Prüfungskomponente

Die AbiturientInnen hatten in diesem Schuljahr diese neue Prüfung als verbindlichen Teil ihrer Reifeprüfung. Die SchülerInnen haben dabei die Möglichkeit, zwischen zwei Formen der Prüfung und Prüfungsvorbereitung zu wählen. Entweder sie schreiben eine so genannte besondere Lernleistung (BLL – eine schriftliche Arbeit im Umfang von mindestens 20 Seiten, etwa vergleichbar mit einer Proseminararbeit in der Universität) oder sie absolvieren eine Präsentationsprüfung. Es handelt sich hier um zusätzliche Belastungen, die die Kolleginnen zu tragen haben. Die BLLs müssen sachgerecht (inhaltlich und methodisch) betreut und von zwei KollegInnen begutachtet werden. Am Ende steht ein Kolloquium, zu dem erneut die zwei KollegInnen den Prüfling zu seinem Konvolut befragen. Betreuung, Einlesen und Gutachten erfolgen eben mal so ganz nebenbei in den Weihnachtsferien. Ähnlich verhält es sich mit der Präsentationsprüfung als fünfte Prüfungskomponente. Auch hier muss zumindest bei der Themenwahl Orientierungshilfe gegeben werden. Am Ende stehen dann die 20-40minütigen (je nach Prüfungsgruppengröße) Präsentationen und wieder ein Prüfungsgespräch. Als äußerst problematisch erweist sich die Tatsache, dass es offensichtlich sogenannte Magnetlehrer gibt, die aufgrund ihrer Fächerkombination (oft gefragt II. Aufgabenfeld, Biologie) oder gewisser Schülerfreundlichkeit viel mehr solcher Arbeiten (BLL und Präsentationsprüfung) zu betreuen haben als andere. Hier sollte die Schule Möglichkeiten schaffen, dass eine gerechtere Verteilung dieser Zusatzarbeit erfolgen kann.

Generell lässt sich konstatieren, dass vor allem durch diese BLL die SchülerInnen sicherlich eine Menge für die Studiumsvorbereitung geleistet haben und engagiert zu Werke gingen, allerdings wieder auf dem Rücken der LehrerInnen. Wäre es nicht möglich, die fünfte Prüfungskomponente in Form eines ausgearbeiteten Referats oder einer Präsentation in den Unterricht, möglicherweise auch mit einer Beurteilung durch zwei KollegInnen, einzubeziehen?

Das Zentralabitur

In den drei Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch (beziehungsweise der ersten Fremdsprache) fand in diesem Jahr entsprechend dem bundesweiten Trend nun auch in unserer Stadt das erste Zentralabitur statt. Dazu gab es vorher Fachbriefe, Fachkonferenzen und natürlich das Probeabitur. Dies erwies sich aus unserer Sicht als hilfreich. SchülerInnen und KollegInnen wurden so mit dieser Prüfungsform konfrontiert, zudem wurden durch entsprechende Rückmeldungen Verbesserungsvorschläge für den Hauptlauf gemacht, die dann eingearbeitet worden sind. In allen Fächern konnten dabei die Lehrkräfte eine Vorauswahl treffen, anschließend hatten die Prüflinge nochmals die Möglichkeit der Wahl. Dieses insgesamt faire Angebot fand bei den meisten KollegInnen Zuspruch.

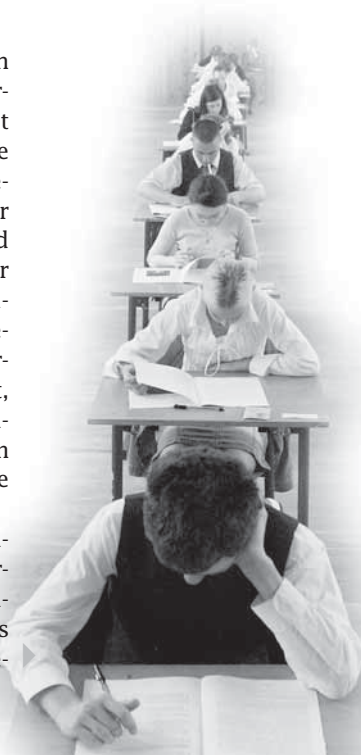
Natürlich haben die KollegInnen der dezentralen Fächer jetzt im Vergleich zu den Zentralabifächern eine größere Abiturvorbereitung durch die Aufgabenerstellung. Daraus allerdings abzuleiten, das Zentralabi für alle Fächer zu fordern, erscheint aus unserer Sicht zu kurz gegriffen. Jahrelang haben die GEW-Gremien gegen das Zentralabitur Stellung bezogen, die entsprechenden Argumente sollen an dieser Stelle nicht alle wiederholt werden. Zumindest für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer Politikwissenschaften und Geografie erscheint nicht nur aus Aktualitätsgründen das Zentralabi ungeeignet. Allerdings sollten für alle Fächer Vereinfachungen (z.B. Raster wie im Fach Englisch) bei der Korrektur ermöglicht werden. Auch an die Vergabe der Zweitkorrektur an die eigene Schule sollte angesichts der kürzeren Korrekturzeiten gedacht werden.

Durch die gezielte Vorbereitung, die veränderten Korrekturbedingungen im Fach Englisch (Wegfall des Fehlerquotienten) und die erleichterten Anforderungsprofile in den Naturwissenschaften und in Mathematik (Note 1+ bei 95 Prozent bzw. Note 4 bei 45 Prozent der erbrachten Leistungen) wurde in den meisten Berliner Schulen ein besserer Abiturdurchschnitt erreicht. Zum besseren Abschneiden des Abiturjahrganges trug natürlich auch die fünfte Prüfungskomponente bei, denn auf diese Präsentation bzw. die BLL konnten sich die Prüflinge gezielter vorbereiten und damit Punkte sammeln. Allerdings geben wir zu bedenken, dass zum Teil die verbesserten Leistungen durch eine Niveauabsenkung erreicht wurden. Dies sollte nicht unser Anspruch sein. Zudem könnte es dazu beitragen, dass die Universitäten vermehrt Einstellungstest vornehmen.

Der veränderte Prüfungsablauf

Die zentralen Prüfungen lagen unmittelbar nach den Osterferien und damit schmolz die Korrekturzeit für alle betroffenen KollegInnen auf einen fast unerträglich kurzen Zeitraum. Dies belastete die Lehrkräfte am meisten. Im schlechtesten Fall blieben für Erst- und Zweitkorrektur insgesamt vier Wochen Zeit, zuvor waren es für den Erst- und Zweitkorrektor jeweils sechs Wochen. In dieser Zeit lagen dann immer unterrichtsfreie Tage (Ferien genannt), diesmal gab es das nicht. Die KollegInnen waren in diesem Zeitraum von der Unterrichtsverpflichtung in ihren 13er Kursen befreit, allerdings kann das nicht als ausreichend bezeichnet werden. Die Senatsverwaltung machte zudem das Zugeständnis, dass schulintern Korrekturtage vergeben werden konnten.

Diese Regelung gab es aber nicht offiziell, sondern nur an Schulen, wo KollegInnen dies forderten. Das ist keine faire und transparente Verfahrensweise. Trotzdem bleibt zu konstatieren, dass die Qualität der Korrekturen leidet, dass die Ge-



fahr von Anfechtungsklagen vor den Verwaltungsgerichten zunehmen wird, auch weil die Schulleitungen jetzt so gut wie keine Zeit mehr haben, eine anspruchsvolle Endkontrolle durchzuführen. Zwar war die Einsetzung für anfallende Vertretungen durch eine Empfehlung der Senatsverwaltung im Vorfeld begrenzt worden. Wie das dann allerdings in den Schulen umgesetzt wurde, oblag den Schulleitungen.

Hier hörten wir Unterschiedliches. In einigen Schulen machten Gesamtkonferenzen ihren Unmut deutlich, indem Sie die Zweitkorrektur nach hinten schoben, Überlastungsanzeigen formulierten oder remonstrierten. Unzufriedenheit machte sich vor allem dadurch breit, dass die KollegInnen neben den Korrekturen ihren ganz normalen Schulalltag zu bewältigen hatten. Das konnte gar nicht in der entsprechenden Qualität erfolgen. Die Senatschulverwaltung muss den Korrekturzeitraum um mindestens zwei Wochen verlängern oder den Prüfungszeitraum ganz verändern (als Block ähnlich wie in Frankreich oder Italien). Die GEW hat in einer Presseerklärung Ende Juni dies in aller Deutlichkeit klargestellt. Die Terminplanung für das nächste Jahr zeigt indes die bekannte Beratungsresistenz der Senatsverwaltung. Die zu kurzen Korrekturzeiten bleiben.

An meiner Schule (Max-Planck-OS, Berlin-Mitte) haben im abgelaufenen Schuljahr 660 Prüfungen stattgefunden (bei 72 Abiturienten und drei zehnten Klassen). Dies führte zum Unterrichtsausfall an 16 Tagen. Im nächsten Schuljahr werden wir 200 AbiturientInnen haben. Wir rechnen mit 1680 Prüfungen. Da ist es kein Wunder, wenn Eltern Eingaben und Beschwerden losschicken, die den hohen Unterrichtsausfall während der Prüfungszeit beklagen. Unterricht wurde so nur noch zur Nebensache.

Das diesjährige Abitur ist also nicht die Erfolgstory, die die Senatsverwaltung der Presse zu verkaufen suchte, sondern bei Lichte besehen, eine organisatorische Katastrophe, die wieder die KollegInnen ausbaden mussten. Ist es das, was die Senatsschulverwaltung unter Qualitätsoffensive versteht? Womöglich braucht diese Stelle auch mal eine Evaluation!

Wir haben unsere Chance genutzt

Zwischen Befürchtung und Aufatmen.

von Hannah Jeschal, Abiturientin

FOTO: PRIVAT

Hannah Jeschal

Ich kann mich noch genau erinnern, dass viele von uns SchülerInnen schon zu Beginn der Oberstufe jammerten, warum sie nicht ein Jahr älter seien und damit vom lästigen Zentralabitur verschont geblieben wären. Doch mussten wir wirklich mehr leiden als die Jahrgänge zuvor oder hatte das Zentralabitur vielleicht sogar positive Auswirkungen auf unsere Abiturnoten?

Ganz klar positiv war für uns SchülerInnen das im Rahmen des Zentralabiturs durchgeführte Probeabi. Erstens war es eine Lernhilfe für das richtige Abitur. Denn die meisten Schüler wiederholten für das Probeabi bereits im Oktober die ersten beiden Semester. Außerdem wurden wir dank des Probeabis schon mal daran gewöhnt, fünf Zeitstunden über einer Klausur zu sitzen.

Warten auf den „Tag der Wahrheit“

Meiner Meinung nach war auch der Zeitpunkt der Abiturprüfungen gut gewählt. So mussten wir nicht wie unsere Vorgänger mitten im Stress des vierten Semesters auch noch das Abi schreiben, sondern konnten uns intensiv in den Osterferien darauf vorbereiten. Ebenfalls denke ich, dass die fünfte Prüfungskomponente für uns SchülerInnen eine echte Chance war, das Abitur zu verbessern. Jede/r konnte hier ein Thema wählen, was ihn/sie wirklich interessierte und damit dann ordentlich punkten.

Problematisch war allerdings, dass Informationen bezüglich der fünften Prüfungskomponente, vor allem zur schriftlichen besonderen Lernleistung (BLL), uns SchülerInnen erst sehr spät erreichten. Es wäre wünschenswert, dass der Senat nicht erst zwei Wochen vor der Abgabe der BLL erklärt, welche formalen Aspekte seiner Ansicht nach unbedingt eingehalten werden müssen.

Schön wäre es auch gewesen, wenn uns direkt nach der mündlichen Prüfung und der Präsentationsprüfung beziehungsweise dem Kolloquium die Ergebnisse mitgeteilt worden wären und wir nicht wochenlang voller Nervosität auf den „Tag der Wahrheit“ hätten warten müssen.

Schließlich ist er da, der Tag, an dem wir unsere Prüfungsnoten erfahren. Unser Schulleiter gratuliert uns: Wir sind der beste Jahrgang, der je an unserer Schule Abitur gemacht hat. Und das haben wir sicherlich nicht nur unseren eigenen Leistungen zu verdanken, sondern auch dem Zentralabitur.

Gut vorbereitet war es nicht

Die Pannen bei der Vorbereitung wurden durch gute Ergebnisse verschleiert.

vom Leistungskurs Politikwissenschaften des Gottfried-Keller-Gymnasiums

Zum Thema Schule gab es viele Meldungen im letzten Jahr. Rütli weckte selbst die verschlafensten Bürger und Politiker auf. Viel wurde diskutiert über Gewalt an Schulen, Hauptschulen und das Schulsystem an sich. Aber nicht nur hier liegt etwas im Argen, auch die diesjährigen Abiturienten sind mit ihrem neu eingeführten Zentralabitur Sorgenkinder und bekamen die Reformwut Deutschlands der letzten Jahre zu spüren.

Der Berliner Senat und allen voran der langjährige Bildungssenator Klaus Böger setzten sich für das Zentralabitur ein. Es sollte die perfekte Lösung für die zukünftig gesuchten Fachkräfte Deutschlands sein. Es sollte eine zentrale Prüfung in den Sprachen und Naturwissenschaften geben. Die SchülerInnen der Gymnasien sollten alle die gleichen Abiturklausuren schreiben und eine besondere Lernleistung, das 5. Prüfungsfach, erbringen. In seiner Intention ist dieser Vorschlag nicht zu bemängeln, nur die Umsetzung erfüllte nicht unsere Erwartungen.

Am 20. April 2007, dem Tag der ersten zentralen Prüfungen, wurden größtenteils positive Berichte laut, die allerdings kein Spiegel für die Vorbereitung dieser Prüfungen sein können. Denn waren die für den jetzigen 13. Jahrgang geltenden curricularen Vorgaben schon vor zwei Jahren bekannt, so wurden die genauen Vorgaben für das Zentralabitur erst zu Anfang des ersten Semesters publiziert. Hinzu kamen die sich ständig ändernden Bestimmungen. Die Lehrpläne für die Semester wurden neu gestaltet, frühere Oberthemen wurden zu Teilaspekten degradiert, sodass nicht alle Aspekte der erwarteten Anforderungen im Unterricht gut vorbereitet werden konnten.

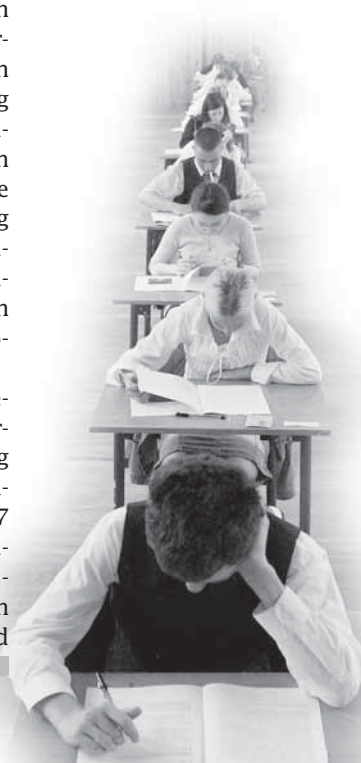
Damit das Zentralabitur schon mal geübt und auf Herz und Nieren geprüft werden konnte, gab es das sogenannte Probeabitur. Im Fach Deutsch musste dafür noch schnell ein inhaltlicher Rahmen geschaffen werden. Einige Wochen vor den Prüfungen beschäftigten sich alle SchülerInnen Berlins mit der Prosa Büchners, die für das Abitur selbst nicht relevant war. Im Fach Mathematik traten die Komplikationen erst bei den Lösungsvorschlägen des Senats auf. Der Erwartungshorizont beinhaltete die falschen Lösungsvorgaben. Selbst die Prüfungsvorschriften zum richtigen Abitur unterlagen bis einen Monat vor den Prüfungen ständigen Änderungen. Ein Beispiel ist die Prüfungsordnung für die mündliche Prüfung des zweiten Aufgabenfeldes, dessen veränderter Ablauf den SchülerInnen erst wenige Wochen zuvor mitgeteilt wurde. Das neu eingeführte 5. Prüfungsfach musste ebenfalls erbracht werden. Für dieses war ein Prüfungszeitraum von Januar bis Juni vorgegeben. Je nach Umsetzung dieses Zeitraums in den Schulen hatten die SchülerInnen am Ende sehr unterschiedliche Vorbereitungszeiten für diesen Teil der Prüfung.

Hoffentlich gut vorbereitet!

FOTO: IMAGO/BONN-SEQUENZ

Zudem waren die Informationen über diese neu eingeführte Prüfungskomponente zunächst rar und ungenau. So erhielten die SchülerInnen, welche eine 20-seitige Seminararbeit schrieben, den Leitfaden für ihre Arbeit im Oktober 2006. Es wurde ihnen aber nahe gelegt, ihre Seminararbeit in den Monaten davor zu verfassen. Die Berechnung der Gesamtqualifikation und der Prüfungen konnte erst in der zweiten Woche der Osterferien durchgeführt werden, da das zu verwendende Computerprogramm von jeder Schule eigenhändig zu erstehen war und die Vorgaben des Senats ungenau waren. Das bedeutete, dass die Zulassungen erst nach den Osterferien vergeben werden konnten. So ging wichtige Zeit zum Lernen verloren.

Hoffen wir, dass die SchülerInnen den Anforderungen besser gerecht werden als der Senat. Erwartet werden Struktur, Disziplin, Zeiteinteilung und überlegtes – nicht voreiliges Handeln. Die Frage nach dem Sinn stellt sich für den Jahrgang 07 sowieso, denn bald gibt es in Berlin das zwölfjährige Abitur und eine „neue“ gymnasiale Oberstufe. Falls Sie sich je gefragt haben, was mit ihren Steuergeldern geschieht: Das Zentralabitur und der Berliner Bürokratismus lassen grüßen.



Was kommt denn eigentlich dran?

Über Gerechtigkeit und Vergleichbarkeit des Zentralabiturs.

von Nina Niedermeyer , Abiturientin

FOTO: PRIVAT

Nina Niedermeyer

Als endlich fest stand, dass wir nach den Vergleichsarbeiten 2004 nun auch der erste Jahrgang sein werden, der in Berlin das Zentralabitur ausprobieren würde, sah ich der Sache alles andere als skeptisch entgegen. Aus inzwischen unerklärlichen Gründen vertrat ich die Meinung, die zentralen Prüfungen würden uns Versuchskaninchen auf jeden Fall zugute kommen, schließlich sei es mit den Vergleichsarbeiten ähnlich gewesen.

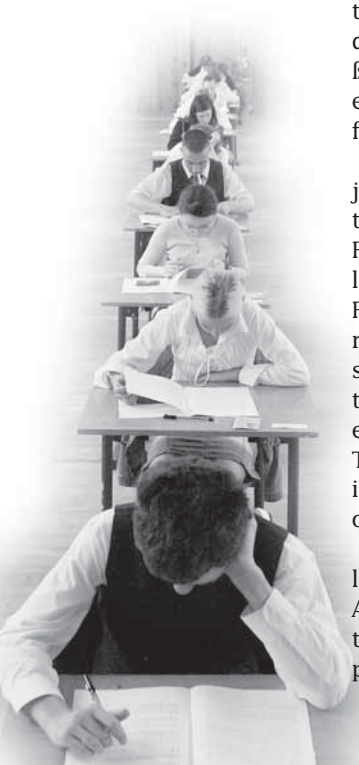
Mich erwartete das Zentralabitur im Leistungskurs Deutsch und im Grundkurs Englisch. Bereits Anfang des ersten Semesters haben wir uns im Deutschkurs die Themenbereiche für das Abi angesehen, doch keiner konnte sich wirklich etwas darunter vorstellen. Was uns nun tatsächlich im neuen Abitur erwartet wurde, sollten die Probeklausuren im September 2006 zeigen.

Auffällig war hier bereits der spärliche Informationsfluss, worauf der Fokus dieser Arbeiten liegen würde. Besonders in Gesprächen mit SchülerInnen anderer Schulen zeigte sich immer wieder, dass jeder Kursleiter andere Schwerpunkte bei der Besprechung und Auswahl von Lektüren setzte.

Hatte ich in Mathematik aufgrund eines kopierten Schreibens des Senats über die gestellten Anforderungen noch das Gefühl, gut vorbereitet in die Klausur zu gehen, war das in Englisch alles andere als der Fall. Hier kamen mir beide vorgelegten Aufgabenvorschläge schon im entfernten Sinne bekannt vor, jedoch konnte ich mir beim besten Willen nicht vorstellen, welche Konkretionen der Erwartungshorizont enthielt. Bei der anschließenden Besprechung der Probeklausuren war mir endgültig klar: Selbstläufer werden die neuen Prüfungen nicht!

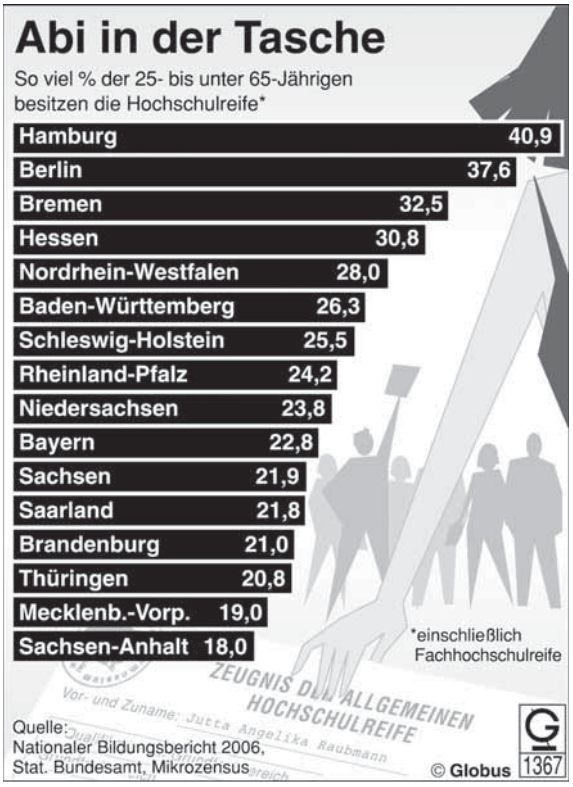
Interessant ist an dieser Stelle, wie verschieden jede Lehrkraft mit der für alle nicht vertrauten Situation umging. Trafen einige zum Beispiel in den Fächern Deutsch und Mathematik mit ihren SchülerInnen Absprachen, welches Thema auf jeden Fall aussortiert werden würde, verweigerten andere diese Kooperationsmöglichkeit strikt. Hier lässt sich das Ziel „Einheit und Gerechtigkeit“ der zentralen Prüfungen aufgreifen. Ein Teil der Abiturienten war gezwungen, sich auf alle vier möglichen Themenbereiche vorzubereiten, während andere im Vorhinein wussten, dass sie sich um diesen oder jenen Bereich nicht kümmern müssen.

Andere SchülerInnen bekamen von ihren KursleiterInnen gesagt, was diese sich annähernd an Aufgabenstellungen vorstellen konnten. Erwartungshorizonte aus dem Probeabitur wurden kopiert und besprochen.



Als die Bepunktung der Probeklausuren mit dem Erwartungshorizont verglichen wurde, ergaben sich neue Fragezeichen. Ein Teil der KorrektorInnen gab relativ großzügig Punkte für angeschnittene, aber dennoch inhaltlich mit dem Erwarteten übereinstimmende Ausführungen, andere beharrten fast auf den Wortlaut des Vordrucks.

Unerklärlich für uns SchülerInnen bleibt bis heute, warum in den Probeklausuren der neue mildere Bewertungsmaßstab angewandt wurde, obwohl von vornherein bekannt war, dass im Abitur wieder der alte, härtere zählen würde. Der neue Bewertungsmaßstab legt fest, dass mit fünf Prozent weniger Leistung die gleiche Note beziehungsweise Punktzahl wie nach der alten Skala erreicht werden kann.



Abschließend bleibt mir nur festzuhalten, dass das Zentralabitur sicherlich von Vorteil sein wird, um berlinweit bessere Vergleichsmöglichkeiten zu haben. Jedoch muss meiner Meinung nach noch genau an den Absprachen zur Vorbereitung gearbeitet werden. So wie es jetzt ist, ist es ungerecht und die Leistungen sind nicht wirklich miteinander vergleichbar.

Drei wacklige Säulen

Jürgen Zöllner zeigt sich beratungsresistent – und lässt die Schulen im Regen stehen.

von Peter Sinram, Personalrat berufsbildende Schulen

Senator Klaus Böger hatte die Berliner Schule noch mit einer Fülle von Reformen überschwemmt. Sein Nachfolger ist da verhaltener; im pädagogischen Bereich konzentriert er sich auf das gebetsmühlenartige Wiederholen der Forderung nach individuelle Förderung bei gleichzeitigem Ausweichen der Frage, wie die zur Erreichung dieses Zieles notwendigen Rahmenbedingungen beschaffen sein müssten. Dafür hat Jürgen Zöllner sich auf dem Feld der Schulorganisation weit vorgewagt. Das neue Schuljahr wird nach drei Prinzipien organisiert:

- Alle Schulen beginnen das neue Schuljahr mit einer maximalen Ausstattung von 100 Prozent.
- Für kurzfristigen Vertretungsbedarf können die Schulen einen Pool in Höhe von 3 Prozent ihres anerkannten Bedarfes selbst bewirtschaften.
- Bei längerfristigem Vertretungsbedarf – „längerfristig“ bedeutet konkret : mehr als drei Monate – wird über das Verfahren der zentralen Nachsteuerung eine Lehrkraft mit einem Fristvertrag eingestellt.

100 Prozent – und keine Stunde mehr

Zunächst bleibt festzuhalten, dass Zöllner der erste Senator ist, der die Schulen ohne jegliche Reserve ins neue Schuljahr gehen lässt. Böger hatte vor vielen, vielen Jahren noch 500 Vollzeitlehrereinheiten für Vertretungsbedarf eingeplant; die sind schon lange weg. In den Organisationsrichtlinien des letzten Schuljahres waren noch 2 Prozent für Vertretungsbedarf vorgesehen – auch weg. Nun können alle Schulleitungen nur hoffen, dass in den Ferien niemand krank geworden ist.

Um überall die 100 Prozent zu erreichen, wurde in den letzten Wochen des alten Schuljahres ein gigantisches Umsetzungskarussell in Gang gesetzt. Dabei ging es lediglich um rechnerische Ausgleiche. Pädagogische Kontinuität? Egal! Schulentwicklung? Irrelevant! Fachliche Kompetenzen? Völlig schnurz!

Und so sollen jetzt KollegInnen der Sek II an die Grundschulen gehen, um dort den Bedarf in der flexiblen Anfangsphase abzudecken. Eine Schule in Neukölln war bei 100,3 Prozent, hatte also rund sechs Stunden mehr als ihr zusteht; schon musste jemand gehen. An einer berufsbildenden Schule sollten zwei 64-Jährige umgesetzt werden; das konnte noch verhindert werden. Am übelsten ist folgender Tatbestand: Den Paritätischen Kommissionen wurden zahlreiche KollegInnen gemeldet, die sich freiwillig umsetzen lassen wollten, darunter nicht wenige, die von ihrer „Freiwilligkeit“ erst hörten, als sie die Umsetzungsverfügung in den Händen hielten oder als die Personalräte bei ihnen nachfragten, ob sie denn wirklich...

Es gab eine klare Alternative: Wenn man schon das Gesamtkonzept durchdrücken will – warum lässt man nicht eine Schule bei 102 Prozent, spart sich die Umsetzungen, lässt die erfahrenen und eingearbeiteten KollegInnen vor Ort und verkleinert entsprechend den Vertretungspool? Unter dem Strich wäre das gleiche herausgekommen. Die Zöllnersche Projektgruppe zur Lehrerzuteilung hat einen derartigen Vorschlag gemacht; die Verwaltung soll nun prüfen, ob in den nächsten Schuljahren eine Bandbreite mit einer eventuellen Überausstattung für eine gewisse Zeit in Kauf genommen werden soll. Aber für das kommende Schuljahr waren diese sinnvollen Vorschläge noch zu früh.

Der Drei-Prozent-Topf

Der allergrößte Teil des Unterrichtsausfalls wird durch kurzfristige Erkrankungen verursacht. Ebenso kurzfristig muss sich dann die Schulleitung auf die Suche nach Vertretungskräften machen. Ein eigenständiger Schultopf könnte dabei viele Probleme lösen: Die Schulleitung schaut auf die interne Liste (auf der ja nur Freiwillige stehen), sucht KollegInnen mit den entsprechenden Fächern, spricht mit ihnen die Planung der nächsten zwei Wochen ab, und alles ist in Butter. Die Vertretung kann schnell organisiert werden; es wird fachgerecht vertreten; die KollegInnen bekommen für jede Stunde die entsprechende volle Vergütung; für die anderen entfällt Vertretungsunterricht und eventuell Mehrarbeit.

So wird das Konzept auch der Öffentlichkeit gegenüber verkauft, und das nicht einmal ungeschickt. Nur GEW und Personalräte sind mal wieder dagegen!

Ein Grund dafür ist, und der wird auch von den Schulleitungen geteilt, dass 3 Prozent nie und nimmer ausreichen, um den tatsächlich anfallenden Unterrichtsausfall abzudecken. Der lag selbst nach den Berechnungen der Senatsverwaltung in den letzten Jahren immer gleichbleibend zwischen 6 und 7 Prozent. Was macht eine Schule, wenn der Topf leer ist? Lässt sie am Anfang des Schuljahres Unterricht ausfallen, um dann im Herbst/Winter, wenn die Grippewelle droht, noch etwas im Topf zu haben? Die Versprechung, dass man nicht ausgeschöpfte Mittel ins nächste Schuljahr mitnehmen darf, ist nur ein billiger Köder – es bleibt nichts übrig!

Schwerwiegender für unsere Ablehnung ist ein anderer Grund: Wer kommt wie auf die Listen? Das Zöllnersche Modell kennt zwei Wege: Man kann sich direkt bei den Schulen melden und man kann sich in einer zentralen Liste eintragen lassen. Diese Liste hat den schönen Namen BEOv (Bewerbungen und Einstellungen Online für Vertretungseinstellungen).

Hier beginnt das eigentliche Problem. Wer hat einen Überblick über den Personenkreis auf den Listen der 622 Schulen, die bei dem Projekt mitmachen

wollen? Und wer hat einen Überblick darüber, welche dieser Personen einen oder mehrere kurzfristige Vertretungseinsätze gehabt haben? Eines ist klar: Die Zentrale hat diesen Überblick nicht und will ihn auch gar nicht haben – sollen das doch die Schulen alleine regeln. Die Personalräte haben ihn auch nicht, denn befristete Arbeitsverhältnisse unterhalb von zwei Monaten sind nicht mitbestimmungspflichtig, und es ist zweifelhaft, ob alle 622 Schulleitungen immer brav den Personalrat informieren.

Andererseits erwirbt man sich über einen Fristvertrag einen eventuellen Vorrang bei der Vergabe von unbefristeten Stellen. Mit anderen Worten: Wenn hier nicht von Anfang an Klarheit und Transparenz herrschen, kann man sich in Zukunft jedes geordnete Einstellungsverfahren abschminken.

Deshalb haben die GEW-Personalräte einen konstruktiven Vorschlag gemacht. Wir haben den Abschluss einer Dienstvereinbarung zu den schulischen Listen angeboten. Diese Listen sollten nur Personen enthalten, die nicht an einem unbefristeten Arbeitsverhältnis interessiert sind, z.B. Teilzeitbeschäftigte, KollegInnen in Elternzeit oder in der Ruhephase der Altersteilzeit, Pensionäre, dienstunfähige KollegInnen. Wenn die für einen begrenzten Zeitraum mit einer begrenzten Stundenanzahl aushelfen wollen, dann soll es deren Entscheidung sein. Und die Schulleitungen legen zwei Mal im Jahr den Beschäftigtenvertretungen die Listen vor. Wenn dann Kollege Meier sich krank meldet, schaut die Schulleitung auf die Listen und macht dann den Vertretungsplan. Ende des Verfahrens. Wer nun die nötigen Stunden gibt, kann einem Personalrat herzlich egal sein.

Offensichtlich war das zu einfach. Vor allem die Eingrenzung auf den obigen Personenkreis wollte die Verwaltung nicht akzeptieren. Ihrer Meinung nach sollte der Kreis weiter gezogen werden. Ein Beispiel: Lehramtsstudierende ab dem vierten Semester sollen sich auch melden können! Nun hat die GEW BERLIN immer gefordert, dass Theorie und Praxis in der Ausbildung stärker verzahnt werden müssen, dass Lehramtsstudierende möglichst früh den Schulalltag kennen lernen sollen – das aber bitte mit Begleitung, im Rahmen des Studiums, mit Hilfestellung und Auswertung. Diese Vorschläge haben die LehrerbildnerInnen in der Verwaltung jahrzehntelang ignoriert. Nun soll wohl der „Stundenlehrer“ durch die kalte Küche wieder eingeführt werden, und zwar als Lückenbüßer.

Wie dem auch sei, die Dienstvereinbarung wird wohl nicht zustande kommen. Das heißt aber auch, dass es für die schulischen Listen kein geregeltes Verfahren gibt. Kreativität ist angesagt: 622 Schulleitungen warten auf diejenigen, die an ihre Tür pochen, und basteln sich eine Liste.

Das zweite Listenverfahren ist inzwischen fertig: Das Beteiligungsverfahren mit dem Hauptpersonalrat zu BEOv ist beendet, alle Interessierten können sich elektronisch eintragen lassen. Dabei war in der ersten Vorlage noch ein wunderhübscher Satz enthalten, den der HPR herausboxen konnte. Zunächst sollten sich alle Menschen bewerben dürfen, „die sich berufen und befähigt fühlen, in Berliner Schulen zu unterrichten.“ Die Ersetzung eines Fachstudiums durch ein Gefühl – eine derartig leichtfertige Entwertung jeglicher Professionalität hatte sich ein Böger nicht getraut. Jetzt heißt es: „Interessierte Lehrkräfte, aber z.B. auch Absolventinnen und Absolventen anderer Studienrichtungen oder Studentinnen und Studenten insbesondere für das Lehramt können sich ab sofort online ... für eine Vertretungstätigkeit bewerben.“ Wie die Konkurrenz der 622 Schulen um die wenigen Menschen z. B. für das Fach Latein konkret aussieht, wie schnell die angeforderte Vertretungskraft vor Ort ist, wie vollmundig die Zöllnerschen Versprechungen waren – das werden wir in den nächsten Monaten hautnah miterleben können.

Letzter Ausweg: der Fristvertrag

Mit diesem Modell wurde bereits im letzten Schulhalbjahr flächendeckend operiert. Am Schluss waren über 300 KollegInnen im Berliner Schuldienst tätig mit der Perspektive, spätestens am 11. Juli wieder ALG II entgegennehmen zu dürfen. Dabei war allen klar, dass diese KollegInnen nicht längerfristigen Krankheitsausfall abdeckten, sondern im Regelunterricht tätig waren. Die knappe Ausstattung ließ überhaupt nichts anderes zu.

Es ist uns nicht gelungen, trotz der vielfältigen Aktivitäten auch von Eltern, Kollegien, Schulleitungen und SchülerInnen und trotz des auch hier positiven Medienechos, für alle Fristverträge eine Entfristung zu erreichen. Die Personalräte der GEW BERLIN hatten sich auf eines geeinigt: Es gibt nun einmal ein Teilzeit- und Befristungsgesetz und eine Sonderreglung zum Bundesangestelltentarifvertrag, wonach ein Fristvertrag einen Vorrang bei der Einstellung auf unbefristete Stellen mit sich bringt. Das hieß in der Konsequenz, dass Einstellungen dann nicht zugestimmt wurde, wenn noch Fristis mit gleicher Laufbahn und Fach/Fächern vorhanden waren. Diese hat in vielen Fällen dazu geführt, dass die FristverträglerInnen ein Einstellungsangebot bekamen – aber mit den obigen Einschränkungen. Und die GEW-Personalräte konnten nur so agieren, weil sie die einzigen waren, die einen Überblick über diesen Personenkreis hatten.

Dieser Notbehelf wird nun zum Regelfall. Alles auf 100 – und sonstiger langfristiger Bedarf nur noch über Fristverträge. Das Prinzip „Hire and fire“ wird flächendeckend auf die Schulen übertragen.

Was kommt hinten raus?

Auf diesem Weg wird ein zentraler Baustein des Bögerschen Schulgesetzes zu Grabe getragen. Er hatte doch stolz verkündet, dass die Schulleitungen nun allein darüber entscheiden würden, wer an ihren Schulen eingestellt wird und wer nicht. Mit diesem Argument ist die Verwaltung noch vor das Bundesverwaltungsgericht gegangen und hat damit die Mitbestimmungsrechte der Personalräte bei der Auswahl von SchulleiterInnen beseitigt. Und nun? Schulbezogene Ausschreibungen – einstmals gedacht als Herzstück der schulischen Personalentwicklung – sind so gut wie verschwunden. Und wenn ich eine ReferendarIn halten will, weil er oder sie haargenau in das Schulprofil passt? Welche Schulleitung kann denn wissen, ob nicht irgendwo ein entsprechender Fristverträgler mit dem gesetzlich abgesicherten Vorrang unterrichtet?

Die Personaldecke ist zu knapp, 100 Prozent reichen nicht. Der Vertretungstopf ist zu knapp bemessen, 3 Prozent reichen nicht. Die Zentrale wird keinen Überblick mehr darüber haben, wer wo wie tätig ist. Die Personalräte werden auch nicht mehr genau wissen, wer an den Schulen einen Kürzestvertrag hat. Die Schulleitungen haben die Verantwortung und müssen sich durchwursteln. Das Modell „Unterrichtsgarantie plus“ in Hessen, das eines der Vorbilder für Berlin war, ist dort soeben glorios gescheitert. Berlin bleibt beratungsresistent.

Eingedenk der Überschrift schließen wir mit Ludwig Uhland:

„Noch eine hohe Säule
zeugt von verschwund’ner Pracht,
Auch diese, schon geborsten,
kann stürzen über Nacht.“

Mit der Gemeinschaftsschule in Berlin geht es voran

Ein Bericht zum Stand der Pilotphase und zur Fachtagung.

von Marliese Seiler-Beck und Thomas Isensee

Vor einem Jahr verabschiedete die Landesdelegiertenversammlung (LDV) nach vielen vorangegangenen Diskussionen mit eindeutiger Mehrheit den Antrag „Eine Schule für alle". Dieser Beschluss war unter anderem Grundlage für die Einrichtung des Runden Tisch Gemeinschaftsschule Berlin.

Für einige ist dieser Runde Tisch inzwischen eine selbstverständliche Sache; für andere noch eine unbekannte. Deshalb an dieser Stelle kurz zur Geschichte und der Arbeit. Der Runde Tisch Gemeinschaftsschule Berlin ist eine verbandsübergreifende Berliner Initiative, eine Bürgerinitiative, die sich für „Eine Schule für alle" einsetzt.

Vor einem Jahr lud Marliese Seiler-Beck zum ersten Treffen ein. Von Anfang an war die Resonanz überwältigend. Fast alle Eingeladenen kamen und blieben dabei. Außer der GEW als Initiatorin beteiligen sich VertreterInnen weiterer Gewerkschaften und des DGB, von drei Parteien, des Grundschulverbands, der Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG), des Verbands deutscher Sonderschulen (vds), des Arbeitskreises Gemeinsame Erziehung, des Türkischen Bunds, des Türkischen Elternvereins so wie Interessierte der Universität und mehrerer Schulen. Manchmal sitzen am Runden Tisch 40 Interessierte.

Podiumsdiskussion zur Gemeinschaftsschule mit Siegfried Arnz, Ulf Preuss-Lausitz, Ulla Widmer-Rockstroh, Jens Großpietsch und Achim Albrecht.

FOTO: CHRISTIAN V. POLENTZ/TRANSIT

Unsere Positionen

Bisher verabschiedete der Runde Tisch Gemeinschaftsschule Berlin den Aufruf „Für eine gemeinsame Schule für alle", der in der Geschäftsstelle der GEW erhältlich ist, und für den wir immer noch Unterschriften sammeln, und das hier abgedruckte Positionspapier.

Im Positionspapier haben wir festgehalten, welche Grundsätze und Regelungen nach unserer Auffassung bei der Einrichtung von Gemeinschaftsschulen unabdingbar sind und berücksichtigt werden müssen. Der erste Grundsatz ist uns sehr wichtig. Die Gemeinschaftsschule kann nach unserer Auffassung nur eine inklusive Schule sein, die von allen Kindern und Jugendlichen besucht wird, unabhängig von ihrer Herkunft, etwaigen Beeinträchtigungen und davon, ob sie über besondere Potenziale verfügen. Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule ist die Erwartung verknüpft, mehr Chancengleichheit und -gerechtigkeit zu ermöglichen. Internationale Vergleichsstudien belegen, dass Kinder in Schulsystemen, die ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen, ein insgesamt höheres Kompetenzniveau erreichen können.

Und was macht die immer wieder erwähnten Leuchtturmschulen so erfolgreich? Wie lernen die SchülerInnen dort? Es wird u.a. die Fähigkeit zum selbstorganisierten Lernen gestärkt und großen Wert auf die individuelle Förderung gelegt, um eine maximale Leistungsentwicklung für alle SchülerInnen zu bewirken. Außerdem ist es selbstverständlich, dass alle Lerngruppen heterogen zusammengesetzt sind. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass das Lernen in einer heterogenen Lerngruppe bei allen Kindern und Jugendlichen eben auch unterschiedlich geschieht. Lernen ist ein subjektiver und aktiver Vorgang. Erinnert sei hier nur an die Schulen, die den Schulpreis erhielten oder an die, die sich zu dem Netzwerk „Blick über den Zaun" zusammen geschlossen haben.

In allen Berichten über diese Schulen steht, dass der schulische Entwicklungsprozess Jahre gedauert hat.

Die Fachtagung zur Gemeinschaftsschule

Für den „Runden Tisch" war klar: Eine Fachtagung als Initialzündung muss her – eine Fachtagung als Ort, an dem konkrete Erfahrungen von schon bestehenden „neuen" Schulen, der Stand der internationalen Diskussion und der praktischen Schulentwicklung als Anstöße für die praktische Umsetzung in Berlin nutzbar gemacht werden. Initialzündung deshalb, weil diese Tagung nur die erste unter weiteren sein kann: Die zentralen Fragestellungen konnten nur andiskutiert und „Impulse für den Umgang mit Heterogenität" gegeben wer-

GEMEINSCHAFTSSCHULE BERLIN: ZIELE, GRUNDSÄTZE UND REGELUNGEN

(Positionspapier; Stand: 23.5.2007)

Ziele

1. Die Berliner Gemeinschaftsschule leistet als Bildungseinrichtung für alle Kinder und Jugendlichen einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung und Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft mündiger Bürger.

2. Die Berliner Gemeinschaftsschule ermöglicht allen Kindern und Jugendlichen kognitive, personale und soziale Kompetenzen zu entwickeln, die zur aktiven und selbstbestimmten Lebensgestaltung in der demokratischen Gesellschaft beitragen.

3. Die Berliner Gemeinschaftsschule setzt sich angesichts der auf verschiedenen Ebenen unzureichenden Bildungserfolge des derzeitigen deutschen Schulsystems folgende konkrete Ziele:

- Hebung des Kompetenzniveaus aller Kinder und Jugendlichen;
- Verringerung der Abhängigkeit des Bildungserfolgs von Kindern und Jugendlichen von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft sowie von ihrem Geschlecht;
- Stärkung von Partizipations-, Selbstwirksamkeits- und Kooperationserfahrungen in der demokratischen Schule unter Einbeziehung der Eltern und außerschulischer Partner;
- kontinuierliche individuelle Förderung, sodass alle Schülerinnen und Schüler einen qualifizierenden Schulabschluss erreichen.

Grundsätze

1. *Inklusion.* Die Gemeinschaftsschule steht allen Kindern und Jugendlichen offen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihren Fähigkeiten, unabhängig von Beeinträchtigungen und besonderen Potenzialen. Niemand wird ausgesondert.

2. *Repräsentative Zusammensetzung der Schülerschaft.* Die Zusammensetzung der Schülerschaft der Gemeinschaftsschule orientiert sich an der Struktur der Berliner Bevölkerung unter Berücksichtigung des Umfeldes der Schule.

3. *Verschiedenheit wird respektiert.* Kinder und Jugendliche unterscheiden sich auf vielfältige Weise. Diese Unterschiede werden respektiert; mit ihnen wird konstruktiv umgegangen. Kinder und Jugendliche sind jedoch nicht nur verschieden; sie haben gleiche Grundbedürfnisse und Rechte.

4. *Verantwortung der Schule für ihre Schülerinnen und Schüler.* Die Gemeinschaftsschule unterstützt die Entwicklung aller Fähigkeiten der aufgenommenen Kinder und Jugendlichen und zielt in ihrer pädagogischen Arbeit darauf ab, alle zum höchstmöglichen Schulabschluss zu führen. Es gilt das so genannte „finnische Denken" in der Schule zu verankern: „Kein Kind beschämen, kein Kind zurücklassen; jedes Kind zählt und verdient Unterstützung."

5. *Stärkung der Partizipation und Gestaltungsfähigkeit.* Kinder und Jugendliche werden bei der Gestaltung ihrer Schule als Lern- und Lebensort aktiv und verantwortlich beteiligt. Die Fähigkeiten zum selbstorganisierten Lernen werden gestärkt. Die Ausbildung individueller Interessen wird unterstützt.

6. *Eltern sind wichtige Partner.* Schule und Eltern kooperieren im Erziehungsprozess und unterstützen sich gegenseitig.

7. *Öffnung der Schule.* Gemeinschaftsschulen öffnen sich ihrem Umfeld. Sie beteiligen externe Experten und übernehmen Aufgaben im sozialen Umfeld der Schule.

8. *Verbindung der Schulstufen.* Gemeinschaftsschulen können alle Jahrgangsstufen der Berliner Schule umfassen. Sofern sie nicht alle Schulstufen umfassen, muss der Übergang aus vorangehenden und in folgende Schulstufen durch verbindliche Kooperation mit benachbarten Schulen geregelt sein, ohne dass es einer Anmeldung oder eines Auswahlverfahrens für die Folgeschule bedarf.

9. *Gemeinschaftsschulen sind Ganztagsschulen.* Der Tagesablauf wird altersspezifisch rhythmisiert. Selbstbestimmtes Lernen und demokratisches Schulleben erhalten Zeit und Raum.

den. Der Prozess der Entwicklung von Gemeinschaftsschulen erfordert eine Begleitung von außen, einen kontinuierlichen Gedankenaustausch über positive Erfahrungen und Schwierigkeiten zwischen allen Beteiligten und den längst überfälligen Diskussionsprozess darüber, was wir unter Bildung eigentlich verstehen.

Wie wichtig ein solcher Prozess ist, wurde durch das Impulsreferat von Mats Ekholm, dem früheren Leiter der schwedischen Schulbehörde „skolverket" und zuletzt Professor für Erziehungswissenschaften, deutlich. Neben den zahlreichen Denkanstößen für die pädagogische Schulentwicklung, die zu referieren den Rahmen dieses Artikels sprengen würde, machte Mats Ekholm den TeilnehmerInnen klar, wie wichtig ein langfristiger und vorurteilsloser Diskussionsprozess über Inhalte und Ziele schulischer Bildung ist. Er skizzierte den schwedischen Prozess, der insgesamt über 100 Jahre dauerte, hin zum Konsens darüber, dass nicht nur Philologie und Mathematik zum Studium befähigen, sondern auch berufsbezogene Inhalte ein wichtiger Bestandteil einer umfassenden Bildung für alle sind.

Ein Beitrag zur Diskussion

Die Fachtagung ist ein Beitrag zu einer solchen langfristigen Diskussion. Das beginnt mit dem Positionspapier des „Runden Tischs" selbst und muss in einem lebendigen Prozess ständig weiter betrieben werden. Die Ergebnisse der Fachtagung, wie sie in den Impulsreferaten und den Protokollen der Arbeitsgruppen festgehalten sind, werden dazu beitragen, das Positionspapier weiter zu entwickeln und zu konkretisieren. Das schafft Einwirkungsmöglichkeiten auf drei Ebenen: auf die öffentliche Diskussion, auf die praktische Unterstützung der Kollegien vor Ort bei der Umsetzung des Projekts und auf die Vorgaben der politisch-administrativen Steuerung.

Das abschließende Podium deutete bereits an, auf welchen Feldern sich die weitere Diskussion bewegen wird. Eine intensive Arbeit der Schulentwicklung ist der Weg, für Gemeinschaftsschulen öffentliche Akzeptanz zu erzeugen, so wie es erfolgreiche Schulen vorgemacht haben. Diese wird durch prozessbegleitende Forschung begleitet.

Die hohe TeilnehmerInnenzahl bis zum Abschlusspodium hat gezeigt, mit wie viel Spannung und Interesse die Diskussion verfolgt wurde. Die nächste Fachtagung kommt bestimmt.

Einschätzung der Berliner Lage

Erfreulicherweise meldeten mehr als 60 Schulen ihr Interesse an, Gemeinschaftsschule werden zu wollen. Bildungssenator Jürgen Zöllner sagte dazu:„ Diese Resonanz übertrifft unsere Erwartungen.“ In der selben Pressemitteilung weist er allerdings darauf hin, dass nur einige der Schulen zum Schuljahr 2008/09 an der Pilotphase teilnehmen werden. Ob diese Äußerung ausschließlich damit zusammen hängt, dass die Konzeptionen einiger Schulen noch nicht weit genug entwickelt sind oder ob es die begrenzte Summe von 22 Millionen Euro sind, die für die Pilotphase zur Verfügung gestellt werden sollen, bleibt offen.

Alle Schulen, die an der Pilotphase in Berlin teilnehmen, sollen über eine gewisse Organisationsautonomie verfügen, um sich von ihrer Ausgangslage aus, auf ihren eigenen Weg zu „Einer Schule für alle“ zu machen.

Wie weiter in der Pilotphase?

Nach der Pilotphase wird es eine Entscheidung geben: Gehen wir davon aus, dass die Pilotphase erfolgreich war, dann wird die Umwandlung aller Berliner Schulen in Gemeinschaftsschulen anstehen. Sollte die Pilotphase nicht so erfolgreich verlaufen, lassen sich die Modellschulen allerdings schlecht wieder auf die Startposition zurück pfeifen. Warum dann nicht jetzt schon alles versuchen, um möglichst viele Schule an der Pilotphase zu beteiligen, zumal dann mehr Probedurchläufe evaluiert werden könnten.

Die Konzeption der Pilotphase von Seiten der Senatsverwaltung weist darauf hin, dass der Erfolg gewünscht ist. Beispielsweise ist der Beirat sehr breit zusammen gesetzt, sodass viele Stimmen gehört werden, die nicht als Einzelperson sprechen, sondern zum Großteil Gruppierungen repräsentieren, wie auch die GEW. Weiterhin ist der Zeitplan klar und recht straff, sodass die Vorgaben aus der Koalitionsvereinbarung ohne bürokratische Verzögerung zügig umgesetzt werden können. Andererseits spricht sich der Bildungssenator immer wieder für den Erhalt der Hauptschule und des gegliederten Schulsystem aus – ein Widerspruch?

Der Runde Tisch Gemeinschaftsschule Berlin wird Diskussionen anregen, damit an vielen Stellen die Gemeinschaftsschule thematisiert und die Akzeptanz ihr gegenüber erhöht wird.

10. *Multiprofessionalität des Personals.* In der Gemeinschaftsschule arbeiten Menschen unterschiedlicher Professionen und Kulturen zusammen. Sie stellen das erfolgreiche Lernen aller ihrer Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Dies impliziert Teamarbeit und kontinuierliche Fortbildung.

11. *Bauliche Gestaltung.* Schulgebäude und Schulgelände sind wichtige Faktoren der pädagogischen Arbeit; ihre Struktur und ihre Gestaltung müssen lernfördernd wirken.

12. *Qualitätsentwicklung.* Gemeinschaftsschulen überprüfen selbst und in Kooperation mit anderen Gemeinschaftsschulen die Wirksamkeit ihrer pädagogischen Arbeit und erhalten Unterstützung durch externe Evaluation.

Regelungen

1. *Keine Probezeit.* Alle in eine Gemeinschaftsschule aufgenommenen Kinder und Jugendlichen haben das Recht, bis zum Abschluss auf dieser Schule zu bleiben. Eine Probezeit entfällt. Solange dieses Prinzip nicht für alle Berliner Schulen gilt, sind Gemeinschaftsschulen nicht verpflichtet, die von anderen Schulen als für ihre Schule „ungeeignet“ verwiesenen Schülerinnen und Schüler aufzunehmen.

2. *Keine Wiederholung von Jahrgangsstufen.* Die Wiederholung einer Jahrgangsstufe ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Sie findet nur in Ausnahmefällen auf Wunsch bzw. mit dem Einverständnis der Schülerin oder des Schülers und deren/dessen Eltern statt. Die bislang im Berliner Schulsystem für die Klassenwiederholung verwendeten finanziellen Mittel werden den Gemeinschaftsschulen anteilmäßig für Maßnahmen individueller Förderung zur Verfügung gestellt.

3. Dokumentation der Lernentwicklung. Die Lern- und Leistungsentwicklung jeder Schülerin und jedes Schülers wird kontinuierlich bezogen auf erreichte Kompetenzniveaus und Lernzuwächse mit Hilfe individualisierter Instrumente dokumentiert.

4. *Schulabschlüsse.* Die Gemeinschaftsschule vergibt alle Schulabschlüsse der Berliner Schule.

5. *Heterogene Zusammensetzung der Lerngruppen.* Heterogene Lerngruppen sind der Normalfall. Alle Kinder und Jugendlichen einschließlich der mit Behinderung oder mit besonderen Potenzialen lernen gemeinsam. Es wird nicht erwartet, dass alle in gleicher Zeit das Gleiche lernen. Eine äußere Leistungsdifferenzierung als durchgängiges Prinzip findet nicht statt.

6. *Organisationsautonomie.* Über das Prinzip der Heterogenität hinaus gibt es keine administrativen Vorgaben für die von der Schule vorgenommene Bildung von Lerngruppen.

7. *Barrierefreiheit.* Die Schule wird so gestaltet, dass sie von jedem Menschen unabhängig von einer eventuell vorhandenen Behinderung möglichst uneingeschränkt benutzt werden kann.

8. *Mitwirkung bei der baulichen Gestaltung.* Bei der für die Entwicklung der Gemeinschaftsschule notwendigen baulichen Gestaltung hat die Schule das Recht, die Konzeption maßgeblich mitzubestimmen und bei der Realisierung mitzuwirken.

9. *Schulprogramm.* Die schulspezifische Umsetzung der Grundsätze und der Regelungen für die Gemeinschaftsschule wird im Schulprogramm konkretisiert.

10. *Rahmenlehrplan Lernen.* Die Inhalte des Rahmenlehrplans für den Förderschwerpunkt Lernen werden in die allgemeinen Berliner Rahmenlehrpläne integriert.

11. *Aus- und Fortbildungsschwerpunkt Inklusionspädagogik.* Grund- und Praxisfragen des gemeinsamen Lernens in heterogenen Gruppen werden in Aus- und Fortbildung dauerhaft als Schwerpunkt verankert.

Runder Tisch Gemeinschaftsschule Berlin, SprecherInnen: Marliese Seiler-Beck, Peter Heyer, Lothar Sack, Ulla Widmer-Rockstroh, Kontakt: Sabine Dübbers, GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin, eMail: duebbers@gew-berlin.de

Wozu Profession – sie zählt immer weniger

Zur prekären Beschäftigungssituation im sozialen Bereich.

FOTO: PRIVAT

von Andreas Kraft, Vorsitzender der Fachgruppe Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit

Obwohl die Sozialbranche in den vergangenen Jahren auf Wachstumskurs war, gelten soziale Dienstleistungsberufe als „Zukunfts- und Risikoberufe“ zugleich.

Die Beschäftigung im Sozialbereich unterlag in den vergangenen Jahrzehnten einem ständigen Wandel. Das betrifft die Anzahl der Arbeitsplätze, Arbeitszeitregelungen, Arbeitsinhalte sowie Qualitätsanforderungen und nicht zuletzt die Entlohnungssituation. Der politische Deregulierungsdruck auf die Branche erhöht in den letzten Jahren die Geschwindigkeit des Wandels. Das hat zur Folge, dass sich ein Vorzeichenwechsel in der Beschäftigungspolitik der Unternehmen im sozialen Bereich vollzieht. Dies wiederum führt zu einer zunehmenden Verunsicherung bei den Unternehmen und vor allem bei den beschäftigten KollegInnen.

Betrachtet man die Stellenzahlen im Bereich der Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen, so haben sie sich zwischen 2000 und 2005 von 16.659 Stellen auf 8.666 fast halbiert. Schon seit einigen Jahren lässt sich feststellen, dass zunehmend Teilzeitstellen angeboten werden, während Vollzeitstellen rückläufig sind. Zudem ist die Sozialwirtschaft eine der wichtigsten Branchen für Mini-Jobs, Ein-Euro-Jobs und Ehrenamt. Der soziale Sektor gilt insbesondere unter der Maßgabe des Ausbaus zum „Niedriglohnbereich“ als zukunftsträchtig.

Gleichzeitig nehmen Komplexität und Anforderungen an soziale Dienstleistungen zu. Dabei handelt es sich bei den zu verrichtenden Dienstleistungen nicht um sogenannte „Einfacharbeitsplätze“ und daher um niedrig entlohnte Arbeit, sondern um „anspruchsvolle“ Aufgaben, die lediglich niedrig entlohnt werden. Dies wurde unter anderem durch eine Studie des Bundesarbeitsministeriums aus dem Jahr 2005 bestätigt.

Weniger Lohn – mit oder ohne Ausbildung

Bei der Finanzierung von sozialen Dienstleistungen stehen sowohl die bisherigen Finanzierungslage- und Vergütungsmodelle als auch die materielle Vergütung zur Disposition. Dies führte zu einem Dammbruch: BAT und Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) werden als Fixpunkt zur Regulierung der Arbeitsbedingungen und zur Festlegung der Löhne und Gehälter immer mehr außer Kraft gesetzt. Viele Arbeitgeber der Sozialbranche reagieren auf den Systemwechsel mit Ausgründungen von Betriebsteilen, Outsourcing, Gründung von Leiharbeiterfirmen, Rationalisierung der betriebsinternen Handlungsabläufe und nicht zuletzt mit dem Ausstieg aus der Entlohnungsnorm BAT/ TVöD. Zudem zeichnet sich ein Trend zur Trennung von Formalqualität und tariflicher Eingruppierung ab. So hat der Arbeiterwohlfahrtsverband (AWO) inzwischen einen neuen Rahmentarifvertrag entwickelt und zur Verhandlung vorgelegt, der eine weitgehende Entkoppelung von Ausbildung und betrieblicher Vergütung vorsieht. Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD) möchte 2007 eine bundesweite gültige Vergütung entwickeln, mit der eine Trennung von Ausbildung und Bezahlung, wie sie viele Träger und Einrichtungen fordern, durchgesetzt werden soll.

Kein Geld trotz guter Ausbildung. FOTO: PRIVAT

Um jeden Preis

Ausgerechnet in einem Bereich also, der keineswegs unumstritten dem „freien Wettbewerb“ ausgesetzt wurde und in dem „Tariftreue“ bisher nie als Problem galt, unterbieten sich die Träger und Einrichtungen nun wechselseitig bei ihren Personalkosten. Solche Individualstrategien tragen letztlich zur Selbstzerstörung der Anbieter und zu einer Auflösung der Trägerlandschaft „von innen“ bei. Aber es ist realistischerweise nicht zu erwarten, dass sie sich in dieser Hinsicht selber Schranken auferlegen, auch wenn die oft rabiate Personalpolitik an die Grenzen der eigenen Leitbilder und der gesellschaftspolitischen Überzeugungen stößt.

Der Verweis der Träger darauf, dass ihnen angesichts der staatlichen Unterfinanzierung sozialer Dienste nichts anderes übrig bleibe, als mit sinkenden Personalkosten zu reagieren, entbehrt nicht der Heuchelei. Denn nicht die Forderung nach einheitlichen Wettbewerbsbedingungen im Tarifsektor, die auch den Unternehmen einheitliche Ausgangsbedingungen garantieren würden, prägt die Praxis der Träger und Einrichtungen, sondern die Suche nach Lösungen um jeden Preis, wenn es die betriebswirtschaftliche Logik gebietet.

BLZ-SEITEN FÜR DAS GEHOBENE ALTER

SenioRita

AUSGABE II ALTERSABHÄNGIG SEPTEMBER 2007

Die neuen Seiten der blz

Hinterm Horizont geht's weiter

Ulla Widmer-Rockstroh über spannende Zeiten im Beruf und mögliche Perspektiven für den Ruhestand.

Das Gespräch führte Klaus Will

Ulla, du kannst dich jetzt bald Seniorin nennen? Wie fühlst du dich dabei?

Ach, das ist wieder so ein Etikett! Irgendwie wird man halt älter, aber ich würde mich nicht als Seniorin bezeichnen: Ich bin Lehrerin, ich bin Pädagogin, ich engagiere mich für bestimmte Inhalte – ob ich da noch im Schuldienst bin oder schon pensioniert, ist doch unwichtig. Ich werde mich auch nicht spezifisch als Pensionärin oder Seniorin engagieren, weder als junge Alte noch als alte Alte. Wenn ich jetzt mehr Zeit habe, werde ich auch mehr ehrenamtlich arbeiten können, das finde ich wichtiger.

Hältst du Kontakt mit KollegInnen, die schon länger pensioniert sind?

Aber ja! Immer mehr in meiner Umgebung werden schließlich pensioniert. Peter Heyer treffe ich zum Beispiel ständig beim Runden Tisch Gemeinschaftsschule, wo ich auch kräftig mitmache. Und er ist nicht der Einzige, dort engagieren sich viele Ruheständler, die sagen, dass sie jetzt endlich mehr Zeit haben, um ausführlich zu diskutieren, einen Artikel zu schreiben oder eine Veranstaltung zu organisieren. Das kann man oft nicht leisten, wenn man noch unterrichtet.

Auch andere, die schon vor einiger Zeit pensioniert wurden, treffe ich immer wieder, Freundinnen aus der Spandauer oder Schöneberger Schulzeit

Oder zum Beispiel Diethart Kerbs, der im Sommer 70 wird. Er hat damals mit im Geschäftsführenden Landesvorstand gesessen, als die GEW aus dem DGB geworfen wurde. Diethart hat dort eine

FOTO: IMAGO/KAI KOEHLER

ungeheuer wichtige Rolle gespielt, weil vor allem er immer wieder und beredt betont hat, warum es richtig ist, dass wir in der GEW unseren aufrechten Gang beibehalten, uns nicht beugen. Und er ist auch ein Beispiel dafür, dass nach der Pensionierung noch lange nicht Schluss ist. Als Ex-Professor der Universität der Künste für Kultur- und Fotogeschichte ist er weiter aktiv, hält noch Seminare ab, hat zum Beispiel 2004 in einer großen Ausstellung seine Sammlung der Fotografien von Willy Römer im Deutschen Historischen Museum Berlin gezeigt und macht zig andere Sachen.

Wie war das eigentlich damals 1977 beim Ausschluss der GEW BERLIN aus dem DGB? Das war doch auch ein Aufstand der jungen Wilden gegen die Alten, oder?

Ja, auch. Aber es ging damals nicht darum, die Alten loszuwerden, sondern um andere Überzeugungen. Da haben wir uns heftig gestritten. Aber die wollten ohnehin mehr so eine Vereinsmeierei, hatten wenig Interesse an politischer Diskussion und an demokratischer Auseinandersetzung. Unsere basisdemokratischen Aktivitäten waren denen suspekt.

Aber es war damals auch sonst ein ziemlicher Bruch, schon rein äußerlich. Als ich zum Beispiel zum ersten Mal als Fachgruppenvorsitzende zusammen mit Lore Schauer zum Bundesfachgruppentreffen gefahren bin, da sind wir ziemlich aufgefallen: Wir waren jung, wir waren Frauen und wir waren nicht schulratmäßig gekleidet. Das war für die Herren Fachgruppenvorsitzenden in Westdeutschland neu, in Berlin waren wir schon etwas weiter.

Kommen wir wieder in die jüngere Vergangenheit: Du warst in den letzten Jahren weniger in der Schule, wenn ich das richtig verfolgt habe?

Ich bin 1995 abgeordnet worden ans PLIB Brandenburg – heute LISUM – und bin dann dort acht Jahre durchs Land gefahren und habe Fortbildungen zum

Schwerpunkt gemeinsame Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder in der Grundschule gemacht. Das war ganz toll für mich, auch mal mit Lehrern zur arbeiten und in viele Schulen zu kommen. Dazu natürlich die Gespräche mit LehrerInnen aus der ehemaligen DDR, die einen ziemlich anderen Hintergrund hatten als ich. Das war spannend, für beide Seiten.

Ich bin dann aber wieder an die Schule zurückgegangen, weil ich der Meinung bin, dass man gute Fortbildung nur machen kann, wenn man immer auch wieder unterrichtet. Ich bin nicht an meine alte Schule, die Uckermark-Grundschule, zurückgegangen, sondern an eine Schule im Wedding. Ich wollte Erfahrung in einem sozialen Brennpunkt mit hohem Migrantenanteil machen. Das hat mich interessiert. Allerdings waren das oft keine sehr beglückenden Erfahrungen. Ich finde Schularbeit unter solchen Bedingungen sehr belastend und schwer. Das liegt nicht unbedingt an den Rahmenbedingungen, sondern es sind eben die sehr speziellen Schüler, insbesondere die Jungen, die die pädagogische Arbeit so besonders anstrengend machen. Die Rahmenbedingungen sind gar nicht so schlecht. Wir haben zum Beispiel Frequenzen, von denen wir früher nur geträumt haben. Aber es gibt dort solch heftige Probleme, dass diese guten Bedingungen oft auch schon nicht mehr helfen.

Das war dann auch mit ein Grund, weshalb ich vor drei Jahren gern mit halber Stelle in die Berliner Projektgruppe des BLK-Modellprojekts „Demokratie leben und lernen“ eingestiegen bin. Das Modellprojekt ist jetzt gerade ausgelaufen. Es fügt sich also alles gut mit der anstehenden Pensionierung.

Ulla im Gespräch mit Siegfried Arnz bei der Fachtagung zur Gemeinschaftsschule im Juni 2007 in der Friedrich-Ebert-Stiftung. FOTO: TRANSIT/CHRISTIAN V. POLENTZ

Fällt einem der Abschied leichter, wenn man zwischendurch mal rauskommt, Bindungen zu Kolleginnen sich lockern, weil man etwas anderes macht oder die Schule wechselt?

Ja, für mich ist das jetzt ganz leicht. Das liegt auch daran, dass ich an meiner jetzigen Schule doch nicht so arbeiten konnte, wie ich wollte. Und dass jetzt das BLK-Projekt ausgelaufen ist. Ich habe also keine großen Trennungsschmerzen. Das ist bei anderen sicher schwerer, wenn man sich zum Beispiel sehr stark mit seiner Schule identifiziert. Ich identifiziere mich zwar mit Schule und dem pädagogischen Einsatz, aber eben nicht speziell mit meiner konkreten Schule.

Welche Phase war die schönste in deinem Berufsleben?

Da gab es einige. Mit Sicherheit gehört dazu meine Tätigkeit an der Spandauer Morgenstern-Grundschule in den siebziger/achtziger Jahren, auch wenn das damals mit meinem Rausschmiss endete. Aber was haben wir da alles gemacht! Vieles von dem, was heute angeordnet wird, haben wir schon damals von allein entwickelt. Und zwar teilweise gegen erhebliche Widerstände: Ich habe zum Beispiel einen Rüffel bekommen, weil ich eine Leseecke in der Klasse eingerichtet hatte. Da würden die Kinder nichts lernen, sondern nur faulenzen. Das muss man sich mal vorstellen!

Parallel dazu war die GEW-Arbeit damals auch wirklich toll. Diese Solidarität, das Vertrauen untereinander. Und was haben wir geackert! Das wurde damals auch anerkannt, man bekam mehr Lob, als das heute der Fall ist. Da hat man sich gern abgerackert!

Aber auch meine Arbeit nach der Morgenstern-Schule an einer Integrationsschule, der Uckermark-Grundschule, hat mir viel gegeben. Und die Zeit in Brandenburg war dann wieder was anderes, Arbeit mit Erwachsenen. Das waren alles spannende Zeiten.

So, jetzt aber doch noch die Frage nach deinen Plänen im Ruhestand: Was hast du dir vorgenommen?

Eher Unruhestand. Also: Erst einmal mache ich natürlich weiter beim Runden Tisch Gemeinschaftsschule. Aber dann, denke ich, werde ich mich engagieren im Bereich „Kinder in Not“. Damit meine ich jetzt nicht arme Kinder, sondern Kinder, die in sehr notdürftigen, schwierigen Verhältnissen aufwachsen und Hilfe brauchen. Ich weiß noch nicht genau, wo und wie ich da was machen werde. Aber das ist das, was ich als Nächstes anfangen will.

Und dann will ich natürlich viel mehr Kulturveranstaltungen besuchen als bisher. Und außerdem Berlin und Brandenburg besser kennen lernen – und auch Deutschland. Erstaunlich, wie wenig man kennt im eigenen Land. Ich kann das ja jetzt ganz spontan entscheiden und einfach losziehen. Vielleicht ist ja der Ruhestand nicht nur ein Unruhestand, sondern ein Horizonterweiterungsstand.

Das hast du schön gesagt! Da machen wir Schluss: Danke für das Gespräch!

ULLA WIDMER-ROCKSTROH

Jahrgang 1944, war 1977-78, nach dem Rausschmiss der GEW Berlin aus dem DGB, stellvertretende Vorsitzende der GEW BERLIN. Sie hat außerdem viele Jahre die Fachgruppe Grundschulen geleitet. Der im Interview erwähnte „Rausschmiss“ aus der Morgenstern-Grundschule in Spandau und Umsetzung an eine andere Grundschule im Bezirk (mitten im Schuljahr!) erfolgte 1982 unter dem Vorwand „zwingender dienstlicher Belange“. Mit ihr wurden weitere Lehrerinnen gegen ihren Willen umgesetzt. Tatsächlich begründeten sich diese Umsetzungen mit dem Versuch der Schulsenatorin Laurien und dem Volksbildungsstadtrat Hauff u.a., ein aufmüpfiges, innovatives Kollegium zu sprengen und aktive GEW-Vertreterinnen mundtot zu machen. Das gelang ihnen aber nicht!

„Mit der GEW war ich immer zufrieden…"

Ergebnisse einer Befragung der älteren Mitglieder.

FOTO: PR-ARCHIV

von Dieter Haase, junger Alter und Schatzmeister der GEW BERLIN

Der Anteil der älteren Mitglieder in der GEW ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen, mittlerweile haben 44 Prozent der Mitglieder bereits das 50. Lebensjahr überschritten. Deswegen befassen sich seit geraumer Zeit Gremien auf Landes- und Bundesebene mit der Aufgabe, entsprechend dem Wandel bei der Mitgliedschaft, auch die Angebote der Gewerkschaft anzupassen. Um präziser die Bedürfnisse und Erwartungen dieses Personenkreises erfüllen zu können, wurde im letzten Jahr beschlossen, dazu eine Studie in Auftrag zu geben. Ausgangsthese dieser Studie war, dass die 50- bis 70-Jährigen ein anderes Selbstverständnis haben als die Generation der über 70-Jährigen und entsprechend anders angesprochen und in die Gewerkschaftsarbeit eingebunden werden müssen.

Dazu wurden Mitglieder dieser Jahrgänge teilweise telefonisch, teilweise schriftlich und teilweise per Gruppendiskussion befragt. Zunächst ging es dabei um die Frage, warum die Befragten in die Gewerkschaft beziehungsweise die GEW eingetreten sind. Als wichtigste Eintrittsgründe wurden genannt:

- die GEW als Interessenvertretung für Beschäftigte mit Schutzfunktion,
- Dienstleistung der GEW wie zum Beispiel Rechtsschutz,
- Gewerkschaften als unabdingbare gesellschaftspolitische Institutionen,
- die Gewerkschaft, die Betriebsgruppe als Forum für soziale Kontakte,
- die GEW als politische Heimat.

Die GEW als Fachverband für ihren Berufsstand spielte für den Gewerkschaftseintritt kaum eine Rolle.

Es wurden aber nicht nur die aktuellen Mitglieder der GEW befragt, sondern auch jene, die aus dieser Altersgruppe ausgetreten waren. Als Gründe für den Austritt wurde an erster Stelle genannt, dass die GEW eine Vertretung für ArbeitnehmerInnen sei, man also als „Pensionär" nicht mehr so richtig reinpasse. Weitere Gründe waren, dass man sich im neuen Lebensabschnitt umorientieren wolle oder dass man ohnehin innerhalb der GEW wenig sozial Kontakte habe. Aber auch die Höhe des Mitgliedsbeitrages war ein Argument, insbesondere bei besonderen Lebenssituationen wie Berufsunfähigkeit, Altersteilzeit und niedriger Rente.

Der Seniorenarbeit der GEW wurde teilweise mit Skepsis begegnet. Sie sei „altbacken", man finde sich „zu jung für Kaffeekränzchen" wurde oft geäußert. Allerdings gab es ebenfalls viele, die die Angebote für SeniorInnen positiv fanden. So gibt es beispielsweise im Landesverband Berlin eine Reihe von Angeboten wie PC-Kurse, kulturelle Veranstaltungen und Treffen. Bei der Frage nach den Wünschen der ausgetretenen 50plus-Mitglieder zeigte sich erfreulicherweise eine hohe Zufriedenheit mit der Politik der GEW. Stellvertretend für viele ähnliche Äußerungen, hier ein Kommentar einer 58-Jährigen Grundschullehrerin in Altersteilzeit: „Nein, mit der GEW war ich immer zufrieden … die soll so weiter machen."

Die Gründe, warum Mitglieder im mittleren Lebensalter weiterhin in der GEW bleiben wollen, schließen dort an. Ich gebe sie hier etwas ausführlicher wieder, weil sie gut zeigen, in welche Richtung wir diskutieren sollten.

- Ich bleibe aus Dankbarkeit und Solidarität: Die GEW hat viel für uns erreicht. Die GEW kann weiterhin meinen Mitgliedsbeitrag gut gebrauchen, deshalb bleibe ich zumindest als „zahlendes Mitglied".
- Ich bleibe aus Überzeugung, da ich ein „Gewerkschaftsüberzeugungstäter" bin. Gerade in Zeiten „neoliberaler Dominanz" sind Gewerkschaften unverzichtbar.
- Ich bleibe aufgrund meines Zugehörigkeitsgefühl. Die GEW ist ganz selbstverständlich meine „politische Heimat", die ich nicht verlasse.
- Ich habe viele gute persönliche Bindungen innerhalb der GEW, die ich behalten will. „Freundschaft ist zu viel gesagt, aber …" „Ich bleibe, weil die sozialen Beziehungen dort weiterhin stimmen."
- Ich bleibe, weil ich ein Mensch mit politischen Grundinteresse bin und ein Aktions- und Betätigungsfeld brauche, wo ich mich als „politisch denkender Mensch einbringen kann".
- Ich erhalte durch die GEW viel Unterstützung bei meiner beruflichen Arbeit, etwa durch Informationen, Fachdiskussion, Weiterbildungsangebote. Die GEW ist für mich ein nützliches „Netzwerk".
- Ich bleibe, weil die GEW die Interessen der Ruheständler vertritt und Themen aufgreift, die mich auch im Ruhestand interessieren (z. B. Ruhestandsbezüge/Rente, Altersteilzeit, Berufsunfähigkeit, Beihilfestreitigkeiten).
- Ich bleibe, weil es ein gutes und persönliches Veranstaltungsangebot für Ruheständler gibt.

Wo aber soll die GEW ihr Angebot verstärken? Häufig gewünscht wurden mehr Informationen zu den Themen Altersteilzeit, Frühpensionierung, Gesundheit und Rente. Außerdem wurde angeregt, mehr generationsübergreifende Arbeitsgruppen und Themenstammtische einzurichten.

Aus der Studie leiten sich eine Reihe von Handlungsempfehlungen ab, die in der kommenden Zeit innerhalb der GEW diskutiert und umgesetzt werden müssen. Wir brauchen eine Auseinandersetzung um ein neues Leitbild „Altern im Beruf und in der Gewerkschaft", andere Formen ehrenamtlichen Engagements und vor allem generationsübergreifendes Arbeiten in der GEW.

Ganz zuletzt, aber ein Punkt der sehr wichtig und leicht umzusetzen ist: Eine andere gewerkschaftliche Anerkennungskultur entwickeln. Weg von der Anerkennung frei nach dem Motto „Das größte Lob ist das Ausbleiben von Kritik". Hierzu Anregungen der Mitglieder im Originalzitat: „Mal ein Lob …", „Eine Kaffeetasse oder so was …", „Eine Karte zu Weihnachten …", „Das muss ja nicht viel sein, nur dass man das Gefühl hat, man wird wahrgenommen …".

Wir sind gespannt auf die innergewerkschaftliche Diskussion über die Ergebnisse dieser Studie.

DER WESTEN, DER IRAN UND DER ATOMKONFLIKT

Der erste politische Stammtisch der „Jungen Alten“ in der GEW war für die Teilnehmenden ein voller Erfolg. Nach einer kurzen Einführung in die Problematik des Atomkonfliktes um den Iran entspann sich eine lebhafte Diskussion: informativ, kontrovers und länger als geplant. Ich gebe zu, als Leser einschlägiger Tageszeitungen hat sich mir eine andere Sicht auf diesen Konflikt und Einblicke in die innenpolitische Situation des Irans eröffnet. Auf jeden Fall war die Veranstaltung besonders auch für aktive Lehrkräfte eine Bereicherung und ich kann nur empfehlen, sich bei Bedarf mit Barbara Majd-Amin in Verbindung zu setzen. Eine Literaturliste mit aktuellen E-Mailadressen und Veröffentlichungen kann bei der GEW angefordert werden. *dh*

RATGEBER RUHESTAND

Neu im September: Der „Ratgeber für den Ruhestand“ mit Infos und Tipps zum Eintritt in den Ruhestand, zur Versorgung, zur Beihilfe und anderen Themen ist ab sofort im GEW-Haus in der Ahornstraße erhältlich.

ALTER SCHÜTZT VOR STRAFE NICHT

Hohes Alter schützt nicht vor hohen Haftstrafen. Das hat der Bundesgerichtshof (BGH) kürzlich im Fall der „Opa-Bande“ entschieden. Zwischen 1988 und 2004 hatte sie in Westfalen und Niedersachsen 14 Banken überfallen und mehr als eine Million Euro erbeutet. Das Landgericht Hagen hatte die drei Angeklagten im Juni 2005 wegen bewaffneter Raubüberfälle auf Banken zu Freiheitsstrafen von 12, 10 und 9 Jahren verurteilt. Die Täter waren zur Zeit des Urteils 73, 74 und 64 Jahre alt. Die Übeltäter zogen vor den BGH und rügten die Höhe der Strafen: In Anbetracht ihres Alters müsse eine Strafe ausgesprochen werden, die einem Angeklagten noch einen Rest seines Lebens in Freiheit lasse.

Dem ist der BGH nicht gefolgt. Die Strafe müsse „gerechter Schuldausgleich“ sein. Es gebe keinen Rechtssatz, nachdem jeder schon nach dem Maß der verhängten Strafe die Gewissheit haben müsse, im Anschluss an die Strafverbüßung in die Freiheit entlassen zu werden. Aus dem Lebensalter ergebe sich keine Strafobergrenze. (BW 2006) *wl*

Ein Ehrenamt, das Spaß macht

Mit der „Berliner Tafel“ auf der Grünen Woche.

von Marianne Pousset, junge Alte

Pünktlich! Eine halbe Stunde vor Schließung am Eingang. Eingeteilte Gruppen, Wägelchen mit Körben und Eimern, die große Plastikschürze als Kleiderschutz und zur Erkennung für die Händler: Die „Berliner Tafel“ holt die Reste des Tages ab.

Völlig neu als Einsammlerin, noch nicht eingewiesen, muss ich zehn Minuten auf mehrere Wägelchen, Eimer usw. an einem Halleneingang aufpassen und wegen eines Personalengpasses warten. Und ich erlebe mich als überwältigt – überfordert. Schlag auf Schlag trifft mich die Hilfsbereitschaft: „Ham Se nich ne Sammelbüchse? Uns jehts jut hier, da woll'n wir da auch wat für machen.“ Ein Scheinchen wird eingesteckt. Ein Ehepaar kommt an mit zwei großen Papiertüten und platziert sie in einem Korb: „Wir haben Ihnen Brot gekauft.“ Von einem Fischstand schallt es winkend zu mir: „Kommen Sie, wir haben schon alles zusammengepackt.“ Ein Herr zieht mich an einen Wurststand: „Die Wurstdosen sind köstlich. Sie suchen zwei aus, die spendiere ich der Tafel.“ Eine rot gekleidete „Bäckersfrau“ kommt zu mir und bittet darum, mit dem Wagen ganz hinten links vorbeizukommen. Heute sei so viel Brot übrig.

Erst jetzt war der Personalengpass überwunden und wir zogen von Stand zu Stand. Eigentlich mussten wir gar nicht fragen, eher wurden wir erwartet. Die meisten Aussteller schienen erfreut darüber, dass ihre Ware noch Verwendung findet, und zeigten sich an meinem Einstandsabend wirklich spendabel – ebenso wie die genießenden Besucher.

Ein Ehrenamt, das Spaß macht! Eine Stunde für ein organisatorisches Vorbereitungstreffen und dann die Abende, für die man sich nach Können und Wollen einträgt, je rund eine Stunde. Mein Gewinn war, so viel freundliche Hilfsbereitschaft erleben zu dürfen!

STADTRUNDGÄNGE NICHT NUR FÜR SENIORINNEN

Das radikale Kreuzberg der 70iger Jahre

Jenseits von Mythenbildung und Dämonisierung führt dieser etwa zweistündige Stadtrundgang in Kreuzberg zu Orten der Geschichte der Bewegung 2. Juni, die sich als Stadtguerilla verstand. Stadtguerilla nannten sie sich selbst, für den Staat waren sie Terroristen. Bis heute ist es schwierig, den radikalen und militanten Weg, in den ein kleiner Teil des Jugend- und Studentenprotestes der sechziger und siebziger Jahre mündete, als wichtigen Abschnitt der jüngeren deutschen Geschichte zu werten.
Der Rundgang vollzieht die Geschichte dieser Gruppe aus der Jugendprotestszene der Gammler und Haschrebellen über den militanten Untergrund bis zur Entführung des Berliner CDU-Chefs Peter Lorenz im März 1975 nach. Die Entführer wurden schnell verhaftet, die Gruppe löste sich auf. Der damalige Jugendprotest hat jedoch Kreuzberg bis heute geprägt.

Der Rundgang führt zu folgenden Standorten:

- Thomas Weissbecker Haus
- Wirtshaus am Ufer/Kneipe der Schaubühne
- Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg
- Kommune Ton, Steine, Scherben
- Mehringhof
- Lorenz-Quartier, Schenkendorfstraße

Treffpunkt für den Rundgang:
Sonntag, den 7. Oktober um 11 Uhr vor dem Willy-Brandt-Haus in der Wilhelmstraße am U-Bhf Hallesches Tor. Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung bis zum 5. Oktober per E-Mail erforderlich: Joachim.Dillinger@web.de

Masterplan „Wissen schafft Berlins Zukunft“ eine Nullnummer?

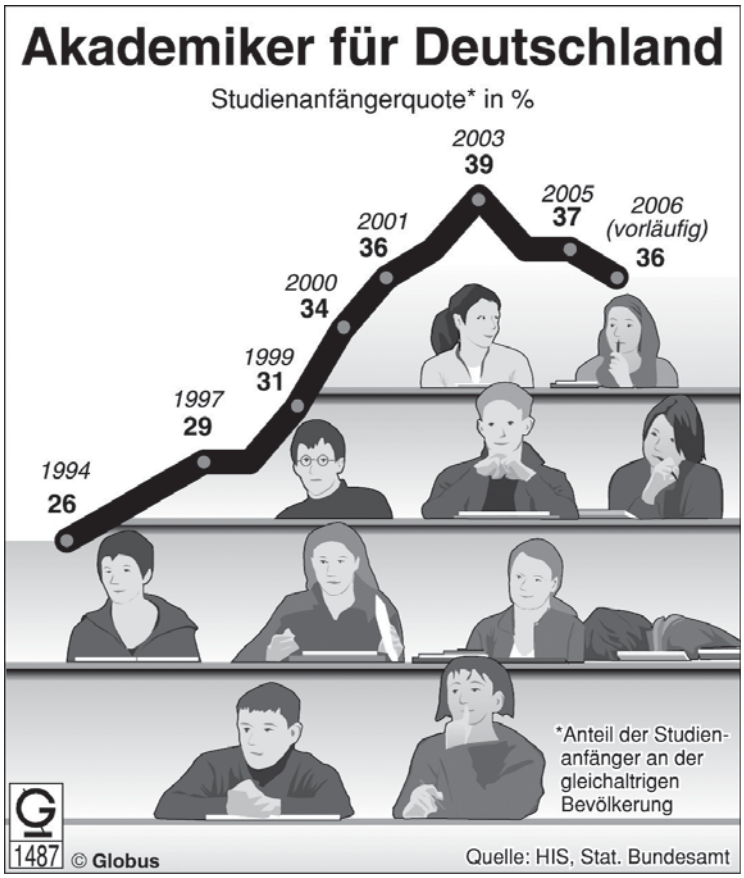
FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Was in den letzten Jahren weggekürzt wurde, soll jetzt zum Teil zurückkommen.

von Folker Schmidt, Vorsitzender der Abteilung Wissenschaft der GEW BERLIN

Wir erinnern uns: seit 1993 ist in Berlin rund ein Drittel des Wissenschaftshaushalts weggekürzt worden; das entspricht ungefähr einer der drei großen Universitäten. Gleichzeitig waren von den damals ausfinanzierten 100.000 Studienplätzen für 145.000 Studierende zunächst 85.000 übrig geblieben. Heute sind durch abermalige Kürzungen von 75 Millionen Euro bis 2009 aus den gültigen Hochschulverträgen noch etwa 75.000 finanzierte Studienplätze für 130.000 Studierende vorhanden. Das hat dazu geführt, dass fast in allen Studiengängen der Numerus Clausus verhängt wurde. Nur noch jede sechste Bewerbung bekommt den Zuschlag, von den hauseigenen Berliner Bewerbungen noch viel weniger.

Nun scheint es so, als ob der Senat Geld in die Hand genommen hätte, um diesen Irrweg zu korrigieren.



Fragwürdige Studienplatzvermehrung

Wir erinnern uns nochmals: Der Wissenschaftsrat hatte schon seinerzeit die bestehenden 85.000 Studienplätze als das äußerste Minimum bezeichnet; die OECD und die Wirtschaft hatten gefordert, dass Deutschland den Anteil der Studierenden an einem Altersjahrgang und damit die Absolventenzahlen deutlich steigern müsse, um international konkurrenzfähig zu sein. Daraufhin hatte die Bundesregierung mit den Ländern den sogenannten Hochschulpakt geschlossen, der mehr Studienplätze schaffen soll; ein Teil der dafür nötigen Finanzen kommt also vom Bund. Berlin schafft aber erst mal keine zusätzlichen Studienplätze, sondern kann damit nur den schon beschlossenen Abbau von Kapazitäten stoppen. Auch die von Wissenschaftssenator Jürgen Zöllner jetzt zugesagten 1.000 zusätzlichen Plätze für Studienanfänger werden teilweise vom Bund mitfinanziert.

Dass der Abbau von Studienplätzen in Berlin gestoppt wird, ist natürlich richtig. Aber die Maßnahmen, die dazu führen sollen, sind zum Teil sehr fragwürdig. So sollen Juniorprofessuren „für Lehre“ geschaffen werden. Ein für die InhaberInnen solcher Stellen gefährlicher Weg, denn nach wie vor wird in der Wissenschaftslandschaft nicht erfolgreiche Lehre, sondern nahezu ausschließlich gute Forschung mit späteren Professuren belohnt. Die Lehrprofessur könnte sich leicht als Sackgasse erweisen. Als Weiteres soll ein TutorInnenprogramm aufgelegt werden. Ein Projekttutorienprogramm ist aber an der Freien Universität gegen den Willen des Akademischen Senats gestrichen, der Rest stark reduziert worden. Des Weiteren sollen emeritierte ProfessorInnen weiter lehren dürfen (was spricht eigentlich bisher dagegen?); das ist kostengünstig, weil diese ProfessorInnen nach ihrem Ausscheiden sowieso ihr bisheriges Gehalt ohne Kürzungen als Pension weiter bekommen. Da fließt also kein Geld. Die abgebauten Stellen für Hochschuldidaktik sollen durch ein „Berlin Institute of Professional Learning“ wieder aufgebaut werden. Wieder richtig, es handelt sich jedoch abermals nur um eine Reparatur vorher begangener Fehler.

Das meiste Geld fließt in die Forschung

Von den 185 Millionen Euro, die Berlin maximal mit dieser Offensive finanzieren will, sind nur 35 Millionen Euro für die Lehre, aber 150 Millionen für die Forschung vorgesehen. Das ist angesichts der massiven Probleme in der Lehre und Betreuung der Studierenden (gerade in den neuen BA/MA-Studiengängen) eine falsche Prioritätensetzung.

Die 150 Millionen betreffen zum größten Teil die von Berlin im Falle eines Zuschlags im Exzellenzwettbewerb bereits zugesagten und dringend notwendigen Beteiligungsmittel des Landes. Aber auch hier kommt der größere Teil vom Bund. Das Berliner Geld soll außerdem solche Forschungsprojekte stützen, die beim Exzellenzwettbewerb knapp nicht zum Zuge gekommen sind. Darüber hinaus soll die Spitzenforschung dadurch weltweit hervorgehoben werden, dass sie „unter einem Dach" zusammengefasst wird. Dagegen sind von den Universitätspräsidenten schon massive Vorbehalte geäußert worden, würde dies doch bedeuten, dass den Universitäten der niedere Rest bliebe. Dem Senator schwebt ein Modell wie die Charité vor, so ganz genau weiß er es aber auch noch nicht und hat da noch Beratungsbedarf mit den Präsidenten. Ob schon klarer ist, wie das funktionieren soll, wird sich vielleicht bis zum Erscheinen dieses Artikels im September herausgestellt haben. Es wird aber eine Krücke bleiben.

Zu befürchten ist, dass für die als exzellent erkannten Bereiche ein eigenes Berufungsrecht installiert wird. Schon heute sind diese Vorgänge durch die Einrichtung von Clustern weitgehend der gesetzlich vorgeschriebenen Kontrolle durch die Mitwirkungsrechte der Gremien entzogen. In Zukunft ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Präsidien der Universitäten nahezu allein entscheiden, wer berufungsfähig ist. Das Geld, nicht als würdig erkannte KandidatInnen zu verhindern, haben dann die Präsidenten. Und wenn ein zukünftiger Nobelpreisträger geholt werden soll, dann darf das zulasten der übrigen Bereiche eben auch mal was kosten.

Der Masterplan ist Augenwischerei

Ein großer Teil der Masterplan-Mittel kommt also vom Bund und ein größerer Teil des Berliner Geldes war bereits vorher verbindlich zugesagt. Darüber hinaus erstreckt sich der Masterplan über die nächsten vier Jahre, in jedem dieser Jahre wird also nur ein Viertel des Geldes fließen. Bezahlt wird der Berliner Finanzanteil in jedem Fall großenteils mit den Lohn-Millionen, die den Beschäftigten der Berliner Hochschulen in den letzten Jahren genommen wurden. Den Hochschulbediensteten gebührt unser aller Dank.

Gleichwohl ist natürlich zu begrüßen, dass nach den vielen Kürzungsjahren endlich eine Wende in Sicht ist.

Bildung auf Abriss – Privatisierung im Trend

Die Berliner Hochschulen und die Verwicklungen des Marktes.

FOTO: PRIVAT

*von Malah Helman**

Die Berliner Bildungslandschaft: Rückbau, Umbau oder demokratischer Prozess?

FOTO/MONTAGE: CARSTEN JOOST, MALAH HELMAN

Bologna-Prozess, Akkreditierungsagenturen, Bachelor und Master, Credit Points, Exzellenzinitiative, Hochschulpakt 2020, Hochschulranking und Studiengebühren – geht das nur Bildungspolitiker, Universitäten und Studierende an? Es sind die Begrifflichkeiten, hinter denen sich die Ökonomisierung und Umstrukturierung der Hochschullandschaft verbirgt. Die Änderungen sind tiefgreifend.

Wirtschaftlichkeit und Demokratieabbau stehen im Vordergrund. Neu ist auch die Einführung eines externen Gremiums, des Hochschulrats. Dieser berät und entscheidet mit der Hochschulleitung über die Abschaffung oder Einführung von neuen Studiengängen, über Personalentscheidungen, die Mittelvergabe und auch über die Wahl der Hochschulleitung selbst. An den Hochschulen, wo der Hochschulrat bereits besteht, in Berlin gibt es ihn nicht, sitzen in ihm neben den WissenschaftlerInnen überwiegend Vorstandsvorsitzende, Aufsichtsratsvorsitzende oder Aufsichtsratsmitglieder großer Konzerne oder die Chefs großer mittelständischer Unternehmen. Sonstige Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, von den Kirchen bis zu den Gewerkschaften, sind nicht darunter. Die Zielrichtung ist eindeutig: Zwar kommen die meisten Finanzmittel für die Hochschulen noch immer aus öffentlichen Haushalten, letztlich vom Steuerzahler, doch der

Bildungsauftrag wird zunehmend privatwirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Während viele der privatwirtschaftlich initiierten Universitäten derzeit wegen Mangel an Geld und zahlungswilligen Studenten schließen, tritt das Phänomen „Privatisierung staatlicher Hochschulen“ in eine neue Phase.

Auch in Berlin wird das Hochschulgesetz novelliert. Hier arbeiten Initiativen aus der Wirtschaft an einer ähnlichen Struktur. Die Wissenschaftskommission, die den Senat berät, wurde 2005 unter Mitwirkung verschiedener Zusammenschlüsse von Unternehmen – z.B. „an morgen denken“ oder die „Technologiestiftung Innovationszentrum Berlin“ – etabliert. Es ist daher nur konsequent, die Geschäftsstelle der Kommission im Ludwig-Erhard-Haus anzusiedeln.

Schon jetzt sind an den Berliner Hochschulen die ersten Konsequenzen der PPP (Public Private Partnership) zu bemerken. Häufig hinter verschlossenen Türen entwickelt, werden die Abhängigkeiten und Konsequenzen wenig thematisiert. Für die Zusammenarbeit werden jedenfalls Infrastruktur und Renommé der Universitäten genutzt. Der Markt hat die Bildung entdeckt. In ihrem 2007 vorgestellten Szenario „2020“ orientiert die Deutsche Bank deutlich auf diesen Sektor. Die Universität Potsdam kooperiert schon seit einiger Zeit mit der Deutschen Bank. Nicht nur den lukrativen Geschäftsbereich der Bildungskredite will die Bank erschließen, sondern auch ihre Kompetenzen in den Aufbau eines Angebots zur Vermittlung von Schlüsselqualifikationen einbringen. Die FU plant mit dem Klett Verlag die Gründung der „Deutsche Universität für Weiterbildung“, die im Oktober 2007 eröffnet werden soll. Da die FU in dieser Kooperation kein Kapital einbringen konnte, wurde kurzerhand eine Villa zur Verfügung gestellt, in der bislang der Studiengang der Ethnologie untergebracht war. Das neue Prestige-Objekt der FU brachte für die 700 Ethnologie-Studierenden eine drastische Verschlechterung mit sich: Ohne Institut und Lehrräume findet der Unterricht mal hier, mal dort statt. Brisant ist auch, dass an der FU Weiterbildungen im Bereich von Publizistik und Verlagswesen angeboten werden sollen, hingegen der reguläre Studiengang Kommunikationswissen an chronischer Unterfinanzierung leidet. An der Universität der Künste (UdK) wurden Ende der 90er die ersten kostenpflichtigen Aufbau- und Masterstudiengänge im Medienbereich eingeführt. Man wollte trotz des Sparzwangs nicht auf die Entwicklung neuer Inhalte verzichten und auch für bereits Berufstätige Weiterbildungen ermöglichen, so die Hochschulleitung. Geworben wird mit Qualifizierung und Kontakten zum Arbeitsmarkt, die ja in Zeiten, in denen der Arbeitsmarkt für AbsolventInnen immer unzugänglicher wird, an Bedeutung gewinnen. Eine spezielle Ausbildung und Arbeitsplätze also nur noch für zahlungskräftiges Publikum?

Subtile Verwicklungen

Ein Beispiel für die subtilen Verwicklungen des Marktes war die UdK-Kooperation mit dem Weiterbildungsangebot der „Akademie der Medien Berlin GmbH“, einem Tochterunternehmen der Berliner Synchron AG (BSAG), die letztes Jahr an die Börse ging. Dort werden u.a. Synchron-Workshops auch für SchauspielstudentInnen angeboten. Das Papier zum Börsengang der BSAG verheißt größere Gewinnmargen durch Kostenoptimierung, die durch günstigen Sprechernachwuchs entsteht, und sieht im Lohndumping die Möglichkeit, sich gegenüber anderen Studios durchzusetzen. Die BSAG erhält von der Investitionsbank Berlin für 2007/2008 Zuschüsse in Höhe von bis zu 720 000 Euro für die Verbesserung der Studioausstattung. Außerdem möchte die BSAG für den Bereich der Synchronsprecher eine Arbeitsvermittlungsagentur einrichten. Ob hierfür dann eine Vermittlungsgebühr von den Schauspielern fällig ist, wie mancherorts schon üblich, oder ob diese Maßnahme zusätzlich etwa vom Arbeitsamt gefördert wird, ist offen. Die Zusammenarbeit sei mittlerweile beendet, sagte der UdK-Präsident, die Hochschule habe beschlossen, nur noch dort zu kooperieren, wo sie auch über eigene Kompetenzen verfüge. Das sei im Filmbereich nicht der Fall. Offensichtlich bleibt: Das Geschäft mit der Wissensgesellschaft und der Markt um Privatisierung und Arbeit haben auch die Hochschulen zum Kampfplatz gemacht. Die bislang geplanten und durchgesetzten Reformen richten sich nach dem Warenwert und nicht dem wahren Wert der Bildung, und Universitätsreformer à la Wilhelm Humboldt, mit dessen Reformen die deutsche Hochschule zum Ort der universellen Bildung und kritischen Lehre wurde, sind leider nicht in Sicht.

Nach dem letzten großen Bildunsgstreik 2003 und der Besetzung der Humboldt-Uni gründeten Studierende die „Offene Universität Berlin“. Sie erstellen seither ein Alternatives Vorlesungsverzeichnis und bieten eigene Seminare an. Selbstorganisierte Bildung als Modell gegen Zugangsbeschränkung und Normierung der Lerninhalte? Das seit einem Jahr bestehende Bündnis für Freie Bildung in Berlin plant ein Volksbegehren für mehr Demokratie und Mitbestimmung der Hochschulmitglieder sowie gegen Studiengebühren und Reglementierung von Masterstudiengängen. Auch die Gewerkschaften sollten verstärkt in diese gesellschaftlichen Prozesse eingreifen, gegen Privatisierung und für eine Mitbestimmung an Strukturen und Inhalten im Hochschulbereich eintreten. Schließlich geht es im Bildungsbereich um Ausbildung, Arbeitsplätze, aber auch um die gesellschaftliche Zukunft.

Erstaunlich ist, dass diese Umstrukturierungen von all jenen initiiert und getragen werden, die selbst noch von einem freien Bildungssystem profitiert haben. Im Grundgesetz ist das Recht auf Bildungsfreiheit nicht explizit verankert. Lediglich der Artikel 2 verweist auf das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Man könnte meinen, dass hier der freie Zugang zur Bildung inbegriffen sein könnte. Aber in jüngster Zeit unterliegt das Grundgesetz ja sowieso der freien Interpretation der regierenden Meinung.

*Malah Helman arbeitet als Schauspielerin, schreibt und realisiert Texte und Projekte in verschiedenen Medien und ist aktiv im Filmverband der Fachgruppe Medien von ver.di Berlin.

STUDIEREN BEI ALDI

Professor Jakob Weinberg, Dekan des Fachbereichs Wirtschaft der Fachhochschule Wiesbaden freut sich für seine StudentInnen über einen neuen Kooperationspartner zur Verbesserung der Lehr- und Studienbedingungen. Ihre Vorlesungen finden nämlich jetzt im „Hörsaal Aldi-Süd“ statt. Weinberg berichtete anlässlich der Umbenennung des Hörsaals von „viel versprechenden Gesprächen mit weiteren renommierten Unternehmen. Den Betrag, den Aldi bezahlt, wollte Weinberg nicht nennen, doch handle es sich um eine „stattliche Summe“: Einen AldiHörsaal gibt es auch an der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt. Er wurde inzwischen in den Aldi-Farben und mit dem Logo des Konzerns umgestaltet. Katja Flicker vom AStA der Wiesbadener Fachhochschule findet den Deal „nicht so lustig“ und zieht Parallelen zur Umwandlung der Frankfurter Universität in eine Stiftung. (HLZ)

Der Mete-Ekşi-Preis 2007 ist ausgeschrieben

Vorschläge und Bewerbungen für den Preis können noch bis zum 26. Oktober eingereicht werden.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

von Monika Rebitzki, Vorsitzende des Mete-Eksi-Fonds

Schaut Euch um, liebe KollegInnen und sucht nach ermutigenden Beispielen von friedlichem Zusammenleben in unserer buntgemischten Stadt, an denen Heranwachsende maßgeblich beteiligt waren. Macht uns bis zum 26. Oktober Vorschläge, wen wir auszeichnen sollten, oder ermutigt die Betreffenden, sich selbst zu bewerben. Es sind keine langen Anträge auszufüllen, aber das Projekt muss so dokumentiert sein, dass unser Kuratorium sich ein Bild machen kann. Im Kuratoruim sitzen Barbara John (ehemalige Integrationsbeauftragte), Sanem Kleff (der Mitgründerin des Mete-Eks, i-Fonds und Bundeskoordinatorin von Schule ohne Rassismus), Halil Can (Journalist), Norbert Hocke (GEW-Bundesvorstand) und Eberhard Seidel (Publizist). Weil bis zur Preisverleihung wenig Zeit bleibt, ist eine vollständige Adressangabe mit Telefon und Mailadresse wichtig. Damit wir schnell Kontakt aufnehmen können.

Ein Fest für Mete

Das Fest musste leider abgesagt werden, weil die Nachfrage zu gering war. Das Programm war überwiegend von jungen Menschen unterschiedlichster Herkunft getragen und hätte allein schon einen Preis für das friedliche Zusammenleben verdient: Schade!

Unser Plakat aus dem Pfefferwerk

In diesem Jahr haben angehende MediengestalterInnen aus dem Pfefferwerk die Plakatgestaltung übernommen. Sie wurden dabei von ihrer Ausbilderin Frau Dell unterstützt. Ausgewählt haben wir den Entwurf von Sandra Schwarzer, die sich erst im ersten Ausbildungsjahr befindet. Das Plakat ist auf der Rückseite dieser blz abgedruckt.

Zusätzlich hat die Fachbereichsleiterin der Mediengestalter an der Ernst-Litfaß-Schule, OSZ Druck- und Medientechnik, ihre Abschlussklasse Entwürfe anfertigen lassen und uns zur Verfügung gestellt. Daraus haben wir den Entwurf von David Jaenicken für das Festplakat umarbeiten lassen. Und den Entwurf von Annika Jäke, der uns besonders beeindruckt hat, nehmen wir für die Ausschreibung 2008. Sandra, Annika und David erhalten bei der Preisverleihung ihre Anerkennungen. Auch die anderen Beteiligten sind natürlich eingeladen an der Ehrung teilzunehmen und können ihre Entwürfe dort ausstellen. Wir hoffen auf recht viele Bewerbungen.

Mach mit!

Die AG Frieden soll wiederbelebt werden.

von Barbara Maid-Amin

In den vergangenen Jahren sind wir alle Zeuge davon geworden, wie weltweit Militäreinsätze unter verschiedensten Vorwänden legitimiert und geführt werden. Mal sind es die Menschenrechte, die geschützt, ein anderes Mal Massenvernichtungswaffen, die verhindert werden sollen. Oder der Zugriff auf die Ressourcen des gesamten Erdballs wird zum unveräußerlichen Recht einiger Staaten erklärt. Die Rechtfertigung des gerechten Krieges, des „präemptiven" Krieges hat Hochkonjunktur. Das Völkerrecht, internationale Verträge und die UNO wird zunehmend missachtet und demontiert.

Parallel dazu sind wir konfrontiert mit der Gewalt auf den Schulhöfen, der Zunahme von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus unter Jugendlichen. Wir sehen die alarmierenden Folgen von schulischer Auslese, fehlenden Ausbildungsplätzen, Perspektivlosigkeit, Arbeitslosigkeit und zunehmender Armut.

Diese beiden Bereiche sind im Grunde zwei Seiten einer Medaille. Wir möchten dazu beitragen, dass Friedenspolitik und Friedenserziehung in der Arbeit unserer Gewerkschaft wieder eine größere Rolle spielen.

Wir (Laura von Wimmersperg, Bärbel Schmidthals und Barbara Maid-Amin) sind guter Dinge, dass wir nicht die einzigen sind, die die GEW hier aktiver sehen und auch dazu beitragen wollen.

Die AG Frieden trifft sich am 19.09.07 um 19.00 Uhr, im Raum 47 der GEW – Geschäftsstelle.

Sparwut belastet die Qualität der Schulen

Über die Hintergründe des Streiks der Berliner Lehrkräfte im Juni.

von Jonas Mücke, angestellte Lehrkraft

Warnstreik für einen Tarifvertrag am 26. Juni vor dem Roten Rathaus. FOTO: CHRISTIAN V. POLENTZ/TRANSIT

Anne hat gestern eine Zusage in HH bekommen, an einer super Schule mit Pilotprogramm ... Ich werde mich in den Ferien um Bewerbungen kümmern. Das geht ja so alles nicht weiter ...“

Diese E-Mail, die ich kürzlich von einer Kollegin erhalten habe, steht stellvertretend für zahlreiche Gespräche, die ich in den letzten Monaten mit KollegInnen geführt habe. Anne wurde, so wie ich, vor zwei Jahren unbefristet – zunächst mit 18 Stunden – in den Berliner Schuldienst eingestellt. Diejenigen, die Berlin sofort nach dem Referendariat verlassen mussten, zeigen meist Verständnis für eine solche Entscheidung und fragen mich, warum ich eigentlich noch immer hier bin.

Für jemanden, der auf eine Einstellung in den Schuldienst wartet, weil er in Berlin familiär gebunden ist, scheinen die Bedingungen, zu denen der Berliner Senat seit Jahren angestellte Lehrer beschäftigt und auch die verbeamteten KollegInnen nicht zu Motivationsschüben verhilft, zunächst eher nebensächlich. Aber die Anforderungen, die der Berufsalltag an Lehrkräfte stellt, führen zwangsläufig auch bei diesen KollegInnen besonders im Hinblick auf die unangemessene Vergütung zu zunehmender Unzufriedenheit. Es ist bewundernswert, dass fast alle KollegInnen die eigenen Ansprüche an die Qualität des Unterrichts unter diesen Widrigkeiten noch aufrecht erhalten. Aber wie lange noch?

Auch für mich war die Stadt attraktiv genug, um mich vorerst auf die Berliner Bedingungen einzulassen, um in meiner vertrauten Umgebung Praxiserfahrung zu sammeln und mich fachlich fortzubilden. Außerdem hatte ich auch ein gewisses Verständnis für die prekäre finanzielle Situation der Stadt, die möglicherweise kaum Spielräume für

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Das neue GEW-Zeugnisprogramm nimmt Ihnen die lästige Schreibarbeit ab. Sie geben nur noch die Daten ein, die Zeugnisse druckt Ihnen Ihr Computer. Neben der reinen Zeugniserstellung gibt es zahlreiche zusätzliche Funktionen wie Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen für die Grund- und Gesamtschule oder eine Fehlzeitenverwaltung, die Ihnen die täglichen Arbeit erleichtern.

Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen, um es ausgiebig auszuprobieren. Sie werden feststellen, es gibt nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	17,-	25,-
Gesamtschule		
- (Sek. I)	27,-	34,-
- mit gymn. Oberstufe	37,-	44,-
- mit Grundstufe u. gymn. Oberstufe	45,-	52,-
Hauptschule	17,-	25,-
Realschule	17,-	25,-
Haupt- u. Realschule	23,-	31,-
Gymnasium		
- (nur Sek. I)	17,-	25,-
- (Sek. I und Sek II)	27,-	35,-
- (Sek. I und Sek. II) mit Klasse 5 und 6	32,-	40,-
Gymnasiale Oberstufe	15,-	23,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen, Informationen dazu unter www.gew-Berlin.de/4681.htm.

Die Freischaltung bzw. die Zusendung erfolgt nach Eingang der Zahlung. Updates werden kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr im Internet bereitgestellt. Innerhalb eines Jahres nach Erwerb sind alle Updates kostenlos.

Bestellschein: *siehe Seite 26*

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

tarifliche Verbesserungen offen lässt. Vor diesem Hintergrund bewertete ich die politische Entscheidung der Landesregierung, Lehrer nicht mehr zu verbeamten, auch als richtig und als einen Beitrag zur nachhaltigen Konsolidierung des Landeshaushalts.

Die Unzufriedenheit wächst

Im Laufe der Zeit wuchs jedoch meine Unzufriedenheit mit meinen Arbeits- und Vertragsbedingungen. Die Senatsverwaltung lässt kaum einen Tag aus, an dem sie der Berliner Öffentlichkeit nicht vortäuscht, alles zu tun, um die Bildung in Berlin zu verbessern. Bildungssenator Jürgen Zöllner verkündet, dass die Bildungsbehörde die besten Referendare in der Stadt halten wolle und ihm sehr an der Motivation der Lehrkräfte gelegen sei. Er hat sogar mit seinem Brandenburger Ministerkollegen den zynischen Internetauftritt www.lehrer-werden.de gestartet, wo jungen Menschen Berufsperspektiven suggeriert werden, die mit den in Berlin herrschenden Bedingungen nichts, aber auch gar nichts gemein haben. Darin heißt es u.a.: „Die Einstellungschancen sind in fast allen Schulformen gut. Da Bildung endlich wieder im Blickpunkt des gesellschaftlichen Interesses steht, wächst auch die Wertschätzung der pädagogischen Arbeit.“ Auch wenn diese Aussagen – bei genauer Betrachtung – jeglicher Kausalität entbehren, ist es erfreulich, dass sich hier die Worte des Bundespräsidenten sinngemäß wiederfinden. In der Praxis bleibt mir und allen neuen KollegInnen die Art und Weise, mit der die Bildungsbehörde die Wertschätzung zum Ausdruck bringt, allerdings verborgen.

Vielmehr erfahren wir den Zynismus und die Arroganz der Mächtigen fast täglich. Dabei hatte ich bei dem ersten Treffen zwischen Innensenator Erhart Körting und der GEW-Verhandlungskommission im Juni 2007 durchaus den Eindruck gewonnen, Körting zeige vor allem für die Unzufriedenheit der seit 2004 eingestellten KollegInnen Verständnis, da deren Beitrag zum Solidarpakt besonders hoch ist und die – wie inzwischen auch vom Senat bemerkt – Berlin zunehmend den Rücken kehren. Bei der zweiten Zusammenkunft waren diese Einsichten allerdings in Vergessenheit geraten. In einem Acht-Augen-Gespräch, bei dem nur zwei Vertreter der Verhandlungskommission anwesend waren, köderten die Herren von SPD und PDS mit der Zahlung von Weihnachtsgeld auch für Neueingestellte, wenn die GEW dem Angebot von 2003 nun endlich zustimmen würde.

Nur wenige Mitglieder der Regierungsfraktionen haben offenbar bisher erkannt, dass die deutlich schlechtere Bezahlung angestellter KollegInnen an der Berliner Schule zwar hohe Summen einspart und den Berliner Haushalt konsolidiert, diese Sparwut jedoch zulasten der Qualität von Schule und Erziehung geht: Welche junge Lehrkraft ist denn unter diesen Bedingungen langfristig bereit, mehr für die Schule zu leisten, als der Stundenplan vorschreibt? Wer ist so bereit und in der Lage Klassen- und Kursreisen zu finanzieren? Wer führt die Austauschprogramme der Schule fort? Wer nimmt die revidierten Medienlisten in den Fachbriefen noch ernst? Wer wird unter diesen Bedingungen im Unterricht nach einigen Jahren Berufserfahrung noch mit aktuellen Materialien aufwarten?

Streik für Zöllner

Das Sparen kommt Berlin teuer zu stehen. Erst werden Referendare aufwendig ausgebildet und danach suchen sie sich – verzögert – eine Beamtenstelle in einem anderen Bundesland. Langfristig werden sie als Beamte zurückkehren. Berlin wird gezwungen sein, diese dann in den Berliner Schuldienst zu übernehmen und der Berliner Steuerzahler wird doch auf den Pensionslasten sitzen bleiben. Genau das wollte der Finanzsenator doch vermeiden. Eine Ausnahme bilden freilich diejenigen von uns, die schnell die Karriereleiter erklimmen und ins Beamtenverhältnis übernommen werden wollen. Der Beamtenstatus – wenn inzwischen auch nur auf Zeit – gilt unter den jungen Lehrkräften inzwischen als die Rettung aus der Misere.

Ein Streik für bessere Einstellungsbedingungen kommt also nicht nur dem eigenen Portmonee zugute, er soll auch die Abwanderung gut und sehr gut qualifizierter Lehrkräfte stoppen. Insofern ziehen wir beim nächsten Streik mit Senator Zöllner an einem Strang! Wenn ihm wirklich an einer Bildungsoffensive für Berlin gelegen ist und er die Zukunft der Stadt im Sinn hat, was mehr als Elitenförderung an Hochschulen umfasst, sollte er auch streiken und die Herren Wowereit, Körting und Sarrazin zum Umdenken bewegen. Ansonsten bleiben die Erklärungen im Internet und in der Tagespresse heiße Luft und weitere Kolleginnen und Kollegen werden Anne folgen.

Welche Schulen brauchen arbeitende Kinder?

Bildungsgewerkschaften können sich nicht länger mit simplen Formeln begnügen.

von Manfred Liebel, Internationale Akademie für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie an der FU Berlin

Um Kindern, die arbeiten müssen, ihr oft schwieriges Los zu erleichtern und ihnen bessere Bildungs- und Lebensperspektiven zu vermitteln, helfen scheinbar griffige Formeln wie „Schule statt Arbeit“ oder „Die Schule ist der beste Arbeitsplatz für Kinder“ nicht weiter. Nancy Knickerbocker von der „Bildungsinternationale“ beschränkt sich in ihrem Beitrag (April/Mai-*blz* 2007, S. 26-27) leider auf solche Formeln und meint gar Kinderarbeit verhindern zu können, „indem die Kinder davon abgehalten werden, die Schule zu verlassen“.

Warum Kindern die Arbeit verbieten?

Ein generelles Verbot der Kinderarbeit bedeutet für Kinder eher Nachteile als Vorteile. Es berücksichtigt nicht die spezifischen Lebensumstände der Kinder und ihrer Familien und kann dort, wo das Arbeitseinkommen der Kinder für das Überleben unverzichtbar ist, die Familien in noch größere Not stürzen. Weder berührt es die Gründe, die Kinder veranlassen zu arbeiten, noch respektiert es deren Willen, ihrer Familie beizustehen. Es versetzt die Kinder, die weiter einer Arbeit nachgehen müssen, in eine Situation der Illegalität und macht sie rechtloser und wehrloser.

Das pauschale Verbot der Kinderarbeit lässt es nicht zu, die Arbeitsverhältnisse der Kinder differenziert zu betrachten und die Möglichkeiten einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen auszuloten. Es erschwert auch die immer wieder unternommenen Versuche, den Kindern Bildungsmöglichkeiten zu bieten, ohne sie zu zwingen, ihren Arbeitsverdienst aufzugeben, oder neue Arbeitsgelegenheiten für Kinder zu schaffen, die nicht auf Ausbeutung beruhen und sich mit dem Erwerb lebenswichtiger Kompetenzen verbinden lassen.

Ziegelsteinproduktion in Kambodscha FOTO: ILO

Arbeitende Kinder, die sich in den Ländern des Südens in eigenen gewerkschaftsähnlichen Organisationen zusammenschließen, fordern heute sogar ein Recht zu arbeiten. Sie tun dies, um ihre Stellung im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu stärken und um sich besser gegen Ausbeutung und ungerechte Behandlung wehren zu können.

Wasser auf die Mühlen der Neoliberalen

Gegen die Aufhebung des Kinderarbeitsverbots wird gelegentlich eingewandt, dass damit den Kindern der staatlichen Schutz genommen und Missbrauch und Ausbeutung Tür und Tor geöffnet werde. Dies sei gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, einer Prekarisierung der Arbeit und wachsender Armut der Fall und erhöhe die Gefahr, dass die billige Arbeitskraft der Kinder die teurere der Erwachsenen ersetze oder dass die Kinder für den Lebensunterhalt der Familien verantwortlich gemacht und zu Lückenbüßern für den neoliberalen Abbau des Sozialstaats gemacht würden. Mitunter wird auch befürchtet, dass verantwortungslose Eltern sich nun skrupellos ihrer Kinder bedienen könnten.

Es sei nicht bestritten, dass sich mit der wachsenden Armut und dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen auch die Lebensrisiken für die Kinder erhöhen. Aber das Verbot der Kinderarbeit ist ein untaugliches Mittel, um die Kinder vor solchen Risiken zu schützen, weil es weder der Armut entgegenwirkt noch den Sozialstaat zurückbringt. In keiner Region der Welt hat das Verbot der Kinderarbeit in den letzten Jahrzehnten bewirkt, die Zahl der arbeitenden Kinder zu verringern und deren Ausbeutung zurückzudrängen. Es hat die arbeitenden Kinder eher rechtlos und wehrlos gemacht und damit ihren Schutz beeinträchtigt.

Mit dem Recht zu arbeiten wird nicht einfach die Abschaffung eines Verbots, sondern darüber hinaus auch andere Rechte eingefordert, die einerseits einem besseren Schutz bei der Arbeit, andererseits der Stärkung der gesellschaftlichen Stellung der Kinder dienen. Wenn Kinder zum Beispiel das Recht haben, gleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit zu erhalten und dieses Recht durch sozialen Zusammenschluss verdeutlichen, dann können sie nicht mehr ohne weiteres als billige Alternative zu den Erwachsenen missbraucht werden. Damit müsste freilich auch ein Bewusstseinswandel bei den Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen einhergehen in dem Sinne, dass arbeitende Kinder als legitime und gleichberechtigte KollegInnen anerkannt und solida-

risch unterstützt werden. Hinter der Rede von der Kinderarbeit blieben arbeitende Kinder bisher als Subjekte weitgehend verborgen. Seit sie sich aber artikulieren und teilweise eigene soziale Bewegungen hervorbringen, wird erkennbar, dass Kindheit und Arbeit ebenso wenig wie Schule und Arbeit einen unvereinbaren Gegensatz bilden. Arbeitende Kinder leiden zwar meist an den Bedingungen, unter denen sie leben und arbeiten müssen, aber sie bereiten auch neuen Gedanken und Praxisformen von Kindheit den Weg. Es ist eine Kindheit, die nicht mehr nur von der Welt der Erwachsenen abhängig ist und geformt wird, sondern auf eigenen Beinen steht und in der Welt der Erwachsenen mitmischt.

Herausforderung für die Schule

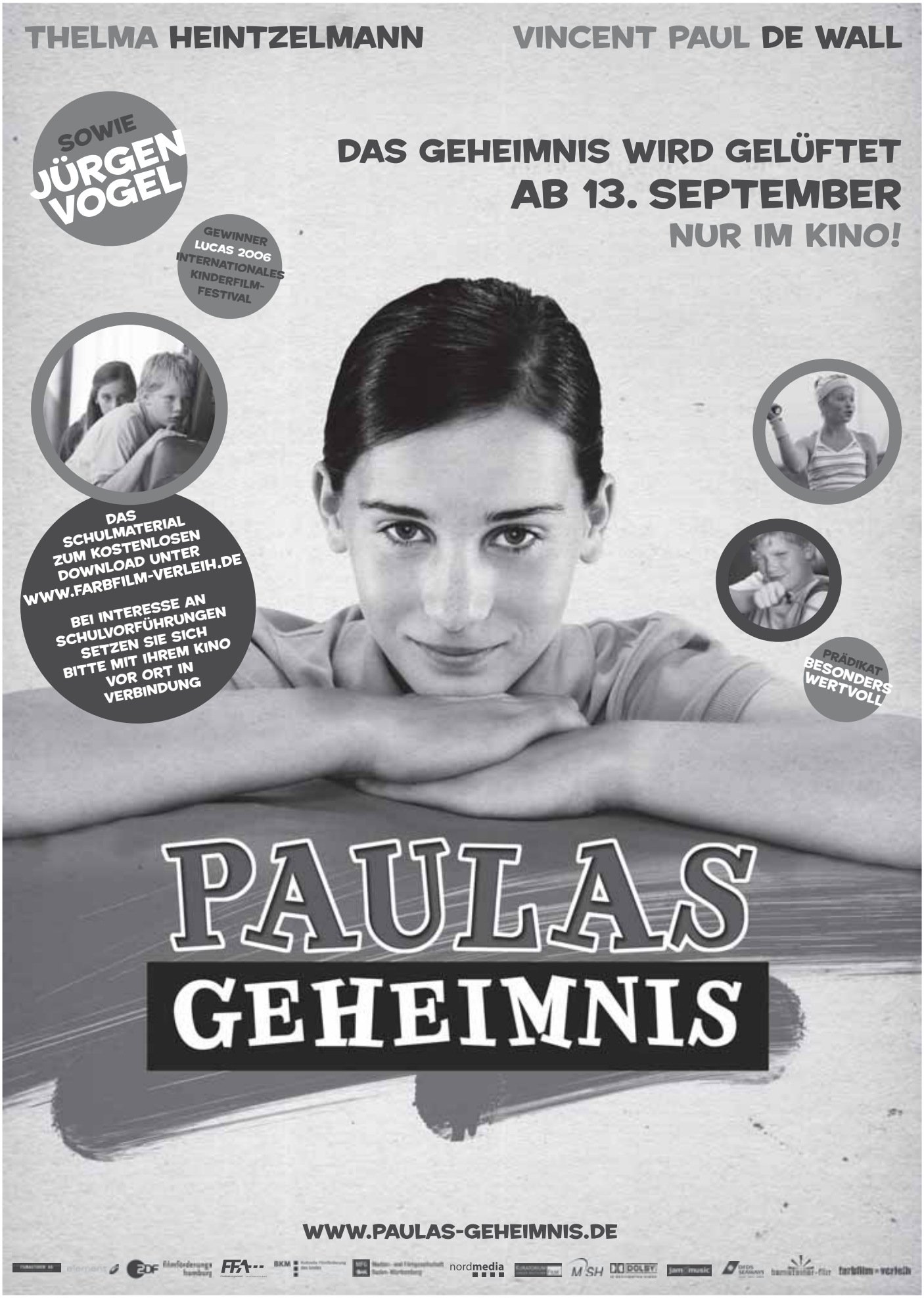
Eine solche Entwicklung ist auch für die Institution Schule von immenser Bedeutung. Sie lässt aus SchülerInnen, die sich einer vorgegebenen, auf die Institution begrenzte Rolle fügen, Kinder oder Jugendliche werden, die sich nicht mehr damit begnügen, nur zu lernen und sich auf ihr späteres Leben vorzubereiten, sondern bereits aktiv an der Gesellschaft teilhaben und sie auch mitprägen. Dies muss nicht immer die Form von Arbeit annehmen, doch daran zeigt sich am deutlichsten, dass sie in wesentliche gesellschaftliche Prozesse tätig eingebunden sind. Um eine solche Entwicklung zu fördern, bringt es nichts, die Arbeit von Kindern pauschal zu verurteilen und sie am Arbeiten zu hindern, sondern es müssten mehr Arbeitsgelegenheiten geboten werden, die den Lern- und Entwicklungsbedürfnissen der Kinder entsprechen.

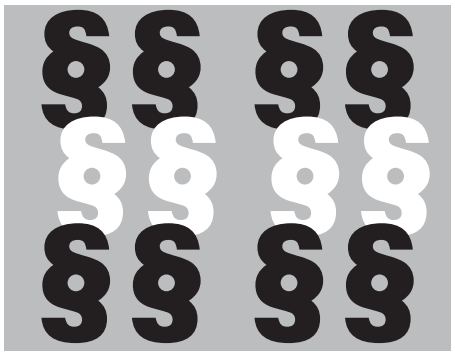
An Deutschlands Schulen wird die verbreitete Arbeit von Kindern bisher nur als Konkurrenz und Lernhindernis betrachtet („Schule wird zum Nebenjob“). Zwar werden seit einigen Jahren Versuche unternommen, über Betriebskooperationen und Schülerfirmen wirtschaftliches Handeln in der Schule zu etablieren, aber diese Versuche beschränken sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auf ein bloß technisches und betriebswirtschaftliches Handlungsverständnis („eine Geschäftsidee umsetzen“). Außerdem haftet ihnen etwas künstliches an, da sie die vielfältigen Arbeitserfahrungen im Lebensalltag der SchülerInnen ignorieren und zu ihnen keine Verbindung herstellen.

Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass arbeitende Kinder auch zu Protagonisten einer neuen Art von Schule und Lernen werden können, wenn sie als Mitkonstrukteure ernst genommen werden. Eine solche Schule verstünde sich nicht als exklusive Alternative zur Kinderarbeit, sondern in ihr würde produzierend gelernt und lernend produziert – nicht für das Schularchiv, sondern für tatsächliche Bedürfnisse und praktische Zwecke. Sie würde die bereits bestehenden Arbeitserfahrungen von Kindern aufgreifen und neue Arbeitsformen hervorzubringen helfen, die auf dem freien Willen der Kinder und ihren solidarischen Beziehungen basieren (zum Beispiel Genossenschaften). Eine solche Schule wäre ein Ort, der den neuen emanzipierten Praxisformen von Kindheit nahe käme und an ihrer Gestaltung mitwirken könnte.

Weitere Informationen: www.pronats.de; www.forum-kinderarbeit.de

ANZEIGE


THELMA HEINTZELMANN
VINCENT PAUL DE WALL
SOWIE JÜRGEN VOGEL
DAS GEHEIMNIS WIRD GELÜFTET
AB 13. SEPTEMBER
NUR IM KINO!
GEWINNER LUCAS 2006 INTERNATIONALES KINDERFILM-FESTIVAL
DAS SCHULMATERIAL ZUM KOSTENLOSEN DOWNLOAD UNTER WWW.FARBFILM-VERLEIH.DE
BEI INTERESSE AN SCHULVORFÜHRUNGEN SETZEN SIE SICH BITTE MIT IHREM KINO VOR ORT IN VERBINDUNG
PRÄDIKAT BESONDERS WERTVOLL
PAULAS
GEHEIMNIS
WWW.PAULAS-GEHEIMNIS.DE
ZDF
FFA
BKM
nordmedia
MISH
DOLBY
farbfilm verleih



ZULASSUNGSVERORDNUNG: NEUREGELUNGEN BEI WARTEZEIT

Seit dem 25. März sind die Änderungen der Zulassungs-Verordnung zum Referendariat in Kraft. Daraus ergeben sich gravierende Veränderungen bei der Wartezeit: Wer in der ersten Auswahlrunde eine Absage bekommt und seine Bewerbung zum nächsten Einstellungstermin aufrecht erhält, erwirbt wie bisher weiter Wartezeit. Ab sofort verfällt jedoch die gesamte Wartezeit

- bei nicht rechtzeitig gestelltem Wiederholungsantrag nach einer Absage,
- bei Rücknahme des Antrags oder der Bewerbung,
- bei Nichtannahme eines Einstellungsangebotes in der ersten Auswahlrunde,
- bei Nichtannahme eines Einstellungsangebotes im Nachrückverfahren – allerdings nur dann, wenn man sich für das Nachrückverfahren zur Verfügung gestellt hat.

Bei erfolgter Zusage eines Platzes, der aber nicht angenommen wird, werden diese BewerberInnen bei erneuter Bewerbung einmal nicht berücksichtigt. Das gilt auch, wenn die erneute Bewerbung nicht zum nächsten Einstellungstermin, sondern zu einem späteren erfolgt. Hier hat die GEW BERLIN verfassungsrechtliche Bedenken, möglicherweise gibt es ein Klageverfahren.

Schwangere können auf Antrag ihre Bewerbung ruhen lassen: längstens bis zum Bewerbungsschlusstermin für den Einstellungstermin, der auf die Vollendung des 3. Lebensjahres des Kindes folgt. Die Dauer der Ruhensphase kann zweimal geändert (verkürzt oder verlängert) werden. Das muss bis zum jeweiligen Bewerbungstermin beantragt werden. Dabei bleibt eine erworbene Wartezeit erhalten, läuft aber beim Ruhen der Bewerbung nicht weiter. Deshalb raten wir immer zur Annahme des Platzes! Schwangerschaft und Elternzeit sind keine Einstellungshindernisse.

Bei BewerberInnen, die ihr Zeugnis innerhalb der 6-Wochenfrist nachreichen (müssen), beginnt die Wartezeit nach der neuen Verordnung erst am Ausstellungstag des Zeugnisses.

ANZEIGE

Darlehen
für Beamte, Angestellte und Arbeiter des ö. D.

Zur Verwendung für:
- Ablösung teurer Altkredite
- Ausgleich des Girokontos
- Hypothekendarlehen
- Nachrangdarlehen
- Umschuldungen
- Barauszahlung

Festzins - niedrige Raten - lange Laufzeiten

Vertrauensvolle zügige Abwicklung

IM & KA GmbH
Warendorfer Str. 57, 48145 Münster
Tel: 0251 - 374 04 91
Fax: 0251 - 374 04 92
Mobil: 0172 - 868 75 42
service@imundka.de

www.imundka.de

KEIN GELD FÜR BEAMTENÜBERSTUNDEN

Der ehemalige Kämmerer der Stadt Trier erhält keine Vergütung für die von ihm erbrachte Mehrarbeit. Dies entschied das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz. Dem pensionierten Stadtkämmerer wurden zusätzlich zu den regulären Versorgungsbezügen 50.000 Euro zur Abgeltung von mehreren tausend Überstunden gezahlt. Nach der Beanstandung dieser Zahlung durch die Kommunalaufsicht forderte die Stadt Trier den Betrag zurück.

Nach den gesetzlichen Regelungen sei der Beamte verpflichtet, ohne Vergütung über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus Dienst zu tun, wenn zwingende dienstliche Verhältnisse dies erforderten und sich die Mehrarbeit auf Ausnahmefälle beschränke. Ein Ausgleich habe durch Dienstbefreiung zu erfolgen, wenn die Mehrarbeit mehr als fünf Stunden im Monat betrage. Sei die Dienstbefreiung aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht möglich, könne der Beamte für einen Zeitraum bis zu 480 Stunden im Jahr eine Vergütung erhalten. Da der Dienstherr Mehrarbeit nur ausnahmsweise anordnen dürfe, müsse sie wegen unvorhersehbarer Umstände dringend erforderlich geworden sein. Dies sei bei den von dem Kämmerer geleisteten Überstunden nicht der Fall gewesen. Es habe sich um absehbare und längerfristige Aufgaben gehandelt. Vielmehr seien die Überstunden faktisch eine Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit, die nicht vergütungsfähig sei, heißt es in der Pressemeldung des OVG vom 20. März 2007.

NEUES ZUM NICHTRAUCHERSCHUTZ

Das Landessozialgericht Darmstadt hat ein bemerkenswertes Urteil zum Nichtraucherschutz gefällt. Ein 43-jähriger hatte gekündigt, weil sein Chef das Rauchen im gesamten Betrieb erlaubt hatte und so die Nichtraucher nicht mehr vor dem Passivrauchen geschützt wurden.

Die Arbeitsagentur sprach eine bei eigener Kündigung übliche Sperrfrist von drei Monaten aus. Demgegenüber erkannte das Landessozialgericht, mit dem Zwang zum Passivrauchen liege der im Gesetz vorgesehene „wichtige“ Grund für eine sofortige Kündigung vor (Aktenzeichen: AZ L 6 AL 24/05). Die gesundheitlichen Gefahren durch Passivrauchen wären ausreichend bewiesen, der Kläger sei nicht verpflichtet gewesen, an seinem verqualmten Arbeitsplatz auszuharren. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung wurde die Revision zugelassen.

KEINE KÜNDIGUNG BEI ABFÄLLIGEN BEMERKUNGEN IM PRIVATLEBEN

Eine fristlose Kündigung darf nicht mit Äußerungen im privaten Umfeld begründet werden, hat das Landesarbeitsgericht Mecklenburg-Vorpommern unter dem Aktenzeichen 1 Sa 69/06 festgestellt. Ein Arbeitnehmer hatte in einer Gaststätte in der Nähe des Betriebes in einem Gespräch mit einem Freund eine abfällige Bemerkung über seinen Chef gemacht. Diese Äußerung hörte ein zufällig dort anwesender Arbeitskollege, der umgehend Mitteilung an den Arbeitgeber machte. Der Arbeitgeber nahm das zum Anlass für eine fristlose Kündigung. Das Landesarbeitsgericht hat nun festgestellt, dass die umstrittene Äußerung grundsätzlich eine Beleidigung darstellt. Das gilt jedoch nur, wenn sie im Kollegenkreis oder in der Öffentlichkeit gefallen ist. Der Arbeitnehmer darf darauf vertrauen, dass eine Meinungsäußerung im privaten Bereich nicht weitergegeben wird. Ein Arbeitnehmer ist nicht verpflichtet, sich im privaten Bereich stets positiv über den Arbeitgeber zu äußern. (verdi-news Nr. 9/07)

Das neue Stück der Spielwerkstatt: „Raus mit der Sprache“. Näheres dazu auf der Seite 32.

FOTO: SPIELWERKSTATT

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Das **Theater an der Parkaue** setzt bei der *„Reise nach Brasilien“* mit einem Minimum an Text ein Maximum an Spiel frei – mit Kartons und Tischtennisbällen, Fahrrad und Werkzeugkasten, überraschenden Abgängen und Auftritten. Das ergibt freilich keine durchgehende Spannung, auch nicht eigentlich eine „Geschichte“ und schon gar keine Reise, aber ein interessantes Spiel-Patchwork, das die Neugier der Besucher fesselt. Publikum und Szene werden auf der Hauptbühne platziert; also kann auch die Bühne mit ihren technischen Geheimnissen kräftig mitspielen (ab 6).

Dem **Hexenkessel** im Monbijou-Park gelingt auch Molière. *„Der Geizige“* wirbelt grob-grotesk aber wirkungsvoll, mit viel Tempo, im Ablauf gestrafft und verschärft über das Spielpodest – am Ende steht er am Rande – greinend und fluchend (ab 12).

„Still lives“ in den **Sophiensälen**: Tanz unterlegt mit Interviews, die aus vielen Perspektiven ein rätselhaftes Bild beschreiben, unterschiedliche Interpretationen versuchen. Diese Texte und das Bild dienen zugleich als Anregung für Bewegungsmuster. Das ist nicht durchweg spannend, aber immer ansehnlich – und überraschend, wie Amateure und Professionelle zu einem großen, homogenen Ensemble geformt wurden (ab Sek II).

Mit dem als Psychiatrie-Akte gestalteten Programmheft hat das **Orph-Theater** einen anspielungsreichen, witzig-erhellenden Rahmen um seine Inszenierung von Boris Vian: *„Die Reichsgründer“* gelegt. Leider aber wird dieser Rahmen während der Aufführung nur höchst selten genutzt. So wird zwar der Zerfall einer Familie/einer Gesellschaft, wird der Protest der jungen Generation höchst eindrucksvoll gezeigt; die „Krankheits-Anfälle“ aber bleiben äußerlich, sind eher penetrant-nervend (ab Sek II).

Ausnahmsweise möchte ich abschließend eine besondere Aufführung ausführlicher vorstellen. Besonders schon der Ort: Das überaus praktikable Spielgerüst gibt den Blick frei auf zwei Fassaden mit vergitterten Fenstern, Gefangene dahinter – wir sind in der Justiz-

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Pädagogik allein reicht oft nicht!
Berufsbegleitende Aus-/ Weiterbildung Sozialtherapeutische Musikarbeit für Sonder-/ PädagogInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen ect.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813-50-80

Supervisionsgruppe
für Lehrer/innen hat noch freie Plätze
Info: Ina Kaufmann
Dipl.Päd. / Supervisorin (DGSv)
Tel: 030/ 693 68 90, e-mail: Kaufmann.Ina@web.de

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

RÜCKENPROBLEME?
www.Naturheilpraxis-City-West.de
Holsteinische Str. 22 (Wilmerdorf)
Tel. 8 61 49 71

Ihre Anzeige in der blz
Tel: 030-21 99 93 46
Fax: 030-21 99 93 49

Burnout – Mobbing Depression
Beratung und Psychotherapie
Dipl. Psych. Doris Junk
alle Kassen
Tel. 030 / 31 01 73 51

Wer vorne steht, braucht Rückenstärkung!
Privatcoachings und Gruppen
bei Angst, Burnout, Mobbing
Gritt Sarina Kirsch Dipl.Päd./ Coach
Tel.: 03362/299863
Mail: GrittKirsch@web.de

KLINIK NIKOLASSEE
Innere Medizin · Kardiologie · Psychotherapie · Neurologie
Private Kassen · Beihilfe · Postbeamten-B
- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Alkohol- u. Tablettenmissbrauch
- Depressionen
- Angstzustände
- Panikattacken
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Erschöpfungszustände/ Burn-out-Syndrom
- Schlafstörungen
- Schmerzzustände/ Fibromyalgien

24-Std. Akutaufnahmen! 030 / 803 09 10
14129 Berlin · Von-Luck-Str. 3 · www.klinik-nikolassee.de

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Essstörungen, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

vollzugsanstalt Tegel. Auch die Aufführung macht, eindrucksvoll und unaufgeregt, immer wieder deutlich, wo wir sind und wer da spielt: langjährig ein„sitzende“ Straftäter, die hier mit physischer Kraft und psychischer Präsenz, mit Spiellust und „militärischer“ Disziplin die Bühne stürmen – schon das ein Theatererlebnis besonderer Art. Dazu ein großer klassischer Text, genauer: eine Konfrontation mehrerer gewichtiger, historisch bedeutsamer, intellektuell anspruchsvoller Texte: *„Räuber. Götz“*; Goethe also und Schiller, dazu Heiner Müller und andere Autoren – eine anspruchsvolle und überaus gelungene Montage. Goethes Götz liefert das Grundgerüst der theatralen Aktion; es geht zunächst um physische Kraft – sich durchzusetzen mit körperlicher Gewalt; es geht mehr noch um „Gerechtigkeit“, die hier als mehrere „Gerechtigkeiten“, als alte und neue gegeneinander stehen. Daher immer wieder die szenisch ausagierte Frage: Was ist Recht, was ist rechtens? Da ist der machtlose Kaiser (großartig in Szene gesetzt!); nach seinem Recht zu leben führt zur Rechtlosigkeit, zum Unrecht – dieses „alte“ Recht aber war direkt verständlich, war simpel und einsehbar; das neue Recht hat sich bürokratisiert, ist unverständlich geworden. Götz auf der Bühne verheddert sich darin – die neuen „Recht“haber sind stärker. Zugleich aber geht es auch um „Deutschland“, das „Reich“, um „Heimat“, „Herkunft“ – Persönliches der Spieler blitzt auf (auch in eigenen Texten!„); die Gegenwart der Insassen wie der Besucher von außen bleibt präsent; die schwergewichtige Handlung wird immer wieder ironisch gebrochen, auch mal satirisch zugespitzt.
Noch einmal: diese Montage ist hoch bedeutsam; sie macht die Intensität klassischer Texte spürbar; sie trifft Probleme der Gegenwart; sie ist immer auch eine Auseinanderssetzung der Spieler mit sich selbst. Und: sie hat eine überzeugende szenische Form gefunden: vielfach gemeinsam sprechend ein kollektives Schicksal gestaltend, getragen von physischer Kraft UND intellektuellem Verständnis. Ohne Zweifel eine der stärksten Aufführungen des Theaterjahrs.

Hans-Wolfgang Nickel

THEATER

Raus mit der Sprache!
Ein Mitspielabenteuer von A bis Z für Kinder der Schuleingangsphase: Sprechen lernt ein normales Kind so selbstverständlich wie Laufen, aber wie es spricht, das hängt davon ab, was es zu hören und zu sehen kriegt. „Raus mit der Sprache!“ ist ein phantastisches und skurriles Märchen, das sinnlich erfahrbar macht, dass die Sprache ein Schatz ist, der sogar geklaut, aber auch (wieder zurück-) erobert werden kann. Die Kinder erleben in konkreten Bildern, dass der Schatz „Sprache“ aus Bausteinen besteht, aus Lauten, Silben, Wörtern, Sätzen, und dass man mit diesen Bausteinen spielen kann, indem man sie sucht, umändert, erfindet, flüstert oder singt, und dass das Ganze viel mehr Spaß macht, wenn man es zusammen tut. Und dass das Lernen von Sprache ein abenteuerlicher Prozess ist, der in der vergnüglichen Kommunikation von Groß und Klein, von Menschen und Fabelwesen stattfinden kann. Denn selbstverständlich spielen die Kinder mit bei dieser Schatzsuche: Sie steigen ein in einen vergnüglichen Zug und werden aktive Mitspieler in dem Spiel von der erfolgreichen Suche nach dem Schatz „Sprache“. LehrerInnen und ErzieherInnen bekommen dazu Materialien, die an das Stück anknüpfen und das Weiterlernen unterstützen. Um gut Deutsch zu können, hilft ja nur eines: Rein in die Sprache!

Maria Steinmetz, TU Berlin

Spieltermine: 9. Oktober (Premiere) und 11./12. Oktober im Haus der Jugend Charlottenburg, jeweils um 10.30 Uhr. Vom 5. bis 9. November im Atrium Reinickendorf, jeweils um 10.30 Uhr. Die Spielwerkstatt kommt auf Wunsch auch in die Schule: Tel. 625 25 88.

Programm der Kinder- und Jugendtheater
Auf der Internetseite des Jugendkulturservice (www.jugendkulturservice.de) findet man Links zu nahezu allen Berliner Spielstätten der Kinder- und Jugendtheater sowie weitere Informationen.

FORTBILDUNG

Lehrerfortbildung „Neue Tendenzen im Theater“
Am Beispiel von drei aktuellen Berliner Inszenierungen beleuchtet die Fortbildung verschiedene Zugänge zum zeitgenössischen Theater. Inhalte sind eine theaterwissenschaftliche Einführung in die Hintergründe moderner Theaterpraxis, Übungen, Improvisationsformen und Spielanlagen zur Vermittlung aktueller Theatertendenzen, Impulse zur eigenen Stückentwicklung sowie der Besuch einer Inszenierung und ein Gespräch mit beteiligten Künstlern. Für Lehrkräfte der Sekundarstufe. Leitung: Ursula Jenni, Theaterpädagogin, Anna Poeschel, Dramaturgin. Anmeldung bis zum 12. Oktober 2007 bei Anna Poeschel, poeschel@sophiensaele.com oder Tel. 030 27 89 00 33. Kostenbeitrag für didaktisches Begleitmaterial und Theaterbesuch: 35 Euro. Die Fortbildung findet statt in den Sophiensaelen, Raum: Virchow-Saal, Sophienstr. 18, 10178 Berlin jeweils Donnerstag von 16.30 bis 19.30 am 1. 11./15.11. und 22.11. Theaterbesuch nach Vereinbarung

Lehrertag im Theater an der Parkaue
Zum Beginn des neuen Schuljahres und der Spielzeiteröffnung veranstaltet das Theater an der Parkaue am 4. Oktober von 17 bis 21 Uhr einen großen Informationstag für Lehrkräfte. An den Infoständen gibt es zu allen neuen und laufenden Produktionen Informationen und ausführliche Unterrichtsbegleitmaterialien. Außerdem Informationen über theaterpädagogische Angebote (Werkstätten und Workshops), Schultheatertage sowie Lehrerfortbildungen. Es besteht die Möglichkeit öffentliche Proben von „Romeo und Julia“ (Shakespeare) und „Warum kommen Dinge durcheinander?“ (Bateson) zu besuchen und im Anschluss mit dem Regieteam und den Schauspielern zu diskutieren. Die Teilnahme ist kostenlos. Für Getränke und einen Imbiss ist gesorgt. Anmeldungen bitte bis zum 28. September unter besucherservice @parkaue.de oder (030) – 55 77 52 –52.

Kommunikationstraining mit theaterpädagogischen Methoden
Themen sind: Verbale und nonverbale Anteile der Kommunikation, aktives Zuhören, Fremd- und Selbstwahrnehmung, Fragetechniken sowie kreative Formen der Kommunikationsgestaltung. Ein Theaterbesuch und ein Gespräch mit einem Theaterprofi geben weitere Impulse für das Thema. Für Lehrkräfte der Sekundarstufe. Leitung: Ursula Jenni in Zusammenarbeit mit dem Theater Strahl. Kostenbeitrag für didaktisches Begleitmaterial und Theaterbesuch 35 Euro. Am 12./ 19. und 26. September von 16.30 bis 19.30 Uhr sowie ein Theaterbesuch nach Absprache. Ort: Theater Strahl Probebühne, Kulturhaus Schöneberg, Kyffhäuserstr. 23. Anmeldung mit dem Meldeformular an die SenBildWiss II E Fb oder online unter http://www.bjsinfo.verwalt-berlin.de.

AKTIVITÄTEN

Mit Körperbehinderten nach Großbritannien
Bislang haben mir alle Reiseveranstalter mitgeteilt, dass es in Großbritannien keine rollstuhlgerechten Unterkünfte gib, was ich kaum glauben kann. Wer kann mir Tipps geben oder Ansprechpartner nennen, damit ich mit meiner 7. Klasse mit körperbehinderten SchülerInnen doch noch eine Klassenfahrt nach Großbritannien unternehmen kann. E-Mail: jensotte@web.de oder Tel. 030-88 55 44 06.

Europaweite Woche zum globalen Lernen
Die „Global Education Week (GEW) will das Globale Lernen bekannt machen. Unter dem Motto „6 Milliarden – eine Menschheit“ findet dazu vom 17. bis 25. November eine Aktionswoche statt. Weitere Informationen unter www.globaleducationweek.de

Schulen gemeinsam für Afrika
Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Dr. Horst Köhler führt das Bündnis GEMEINSAM FÜR AFRIKA e.V. eine Schulaktion durch, mit der das

AUF KUNDENFANG FÜR MORGEN?

Lidl will mit Fitnesscup bei den Jüngsten werben.
Wenn es ums eigene Image geht, lässt auch das umstrittene Discountunternehmen Lidl den einen oder anderen Euro springen: Anfang Juli startete es gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund und dem aid-Infodienst Verbraucherschutz, Ernährung, Landwirtschaft e.V. den „Lidl Schüler-Fitnesscup“. Die Aufgabe für SchülerInnen der 3. und 4. Klasse lautet, bis Ende November mit ihren LehrerInnen eine Projektwoche zu den Themen gesunde Ernährung, Bewegung und Kreativität zu gestalten. Am Ende wird anhand eines Bewertungsbogens die „fitteste Grundschulklasse Deutschlands“ ermittelt; für die Erstplatzierten gibt es Preise im Gesamtwert von mehr als 60.000 Euro.
Inhaltlich bietet das vom aid-Infodienst zusammengestellte Material für LehrerInnen und SchülerInnen nicht allzu viel Neues. Dass Obst, Gemüse und Vollkornprodukte für Fitness und Figur besser sind als Pommes, Cola und Schokoriegel soll sich mittlerweile herumgesprochen haben. Ebenso die Erkenntnis, dass regelmäßige Bewegung positiv auf körperliche wie geistige Entwicklung wirkt. Dafür transportieren die optisch sehr ansprechend aufgemachten Broschüren en passant ein konservatives Frauen- und Familienbild: Punkte für den Fitnesscup können SchülerInnen sammeln, deren Mütter daheim ein schönes Frühstück bereiten.
Lidl selbst bietet den SchülerInnen unter dem Titel „Wie kommt die Milch in den Supermarkt?“ eine „Erlebnisreise vom Produzenten bis zum Kunden“. Fraglich allerdings, ob dabei Lidls Preisdruck gegenüber Milchbauern zum Thema wird. Auch die von der Gewerkschaft ver.di seit Langem angeprangerten schlechten Arbeitsbedingungen und die Verhinderung von Betriebsratswahlen in Lidl-Filialen dürften im Rahmen des Fitnesscups wohl kaum Erwähnung finden.
Stattdessen sorgen Fußballnationalspieler Torsten Frings und Promikoch Mario Kotaska beim Fitnesscup für die Abrundung des schönen Scheins. In vielen Grundschulen kommen solcherlei gesponserte Wettbewerbe offenbar gut an: Schon Ende Juni, zwei Wochen vor dem offiziellen Start des Fitnesscups, hatten sich bundesweit mehr als 500 Grundschulklassen angemeldet.
Für den eigenen Eindruck: www.lidlfitnesscup.de; www.lidl.verdi.de *Gudrun Giese*

Bewusstsein bei SchülerInnen für die Vielfalt Afrikas und die „Eine Welt“ geschaffen werden soll, in der globale Gerechtigkeit und internationale Solidarität eine Voraussetzung für partnerschaftliches Handeln sind. Die Aktionswochen finden statt vom 29. Oktober bis 16. November. Wir rufen alle Schule auf, sich mit Aktionen und Unterrichtseinheiten zu beteiligen und über den normalen Unterricht hinaus aktiv zu werden. Dazu wird es zwei Wettbewerbe geben: Der erste Wettbewerb unter dem Motto „Gib 8“ stellt die Millenniums-Entwicklungsziele in Bezug auf Afrika in den Mittelpunkt. Hier sollen Aktionsideen zu den Millenniums-Entwicklungszielen entwickelt und umgesetzt werden. Der zweite Wettbewerb “Mein Tag dein Tag“ konzentriert sich auf die Lebensbedingungen der Menschen in Afrika und richtet sich vor allem an jüngere Jahrgänge. Materialien und nähere Informationen gibt es auf der Homepage www.gemeinsam-fuer-afrika.de/schulen.php

Zeitzeugen Entwicklungszusammenarbeit gesucht
Das Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentrum Berlin (EPIZ) sucht Zeitzeugen, die in den 1960er Jahren oder seit dem Jahr 2000 in den Ländern Tansania, Nigeria, Indien oder Thailand in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv waren. Mit dem Zeitzeugen-Projekt sollen Probleme der Entwicklungszusammenarbeit thematisiert werden. Durch die persönlichen Berichte sollen SchülerInnen einen lebendigen Eindruck über die Praxis dieser Arbeit bekommen. Kontakt: Epiz, Schillerstraße 59, 10627 Berlin, Tel. 612 039 54 oder www.epiz-berlin.de

Drei-Generationen-Projekt „Geschichten und Geschichte“
Noch bis zum September 2008 führt die Initiative Courage gegen Fremdenhass e.V. an insgesamt zehn Berliner Schulen das interkulturelle und intergenerationelle Bildungsprojekt „Geschichte und Geschichten“ durch: Im Verlauf des Projektes recherchieren die SchülerInnen unterschiedlicher nationaler, kultureller und religiöser Herkunft, ihre Wurzeln über die Lebensgeschichten ihrer Eltern und Großeltern. Das recherchierte Material verarbeiten die SchülerInnen zu Szenen und Texten, die sie am letzten Projekttag öffentlich präsentieren. Zielgruppe sind die Klassenstufen sieben bis dreizehn. Das Projekt findet an sieben bis acht Vormittagen in der Schule statt.

ANZEIGEN

ERSCHÖPFT? AUSGEBRANNT? ANTRIEBSARM?
Mit neuen Kräften zurück ins Leben!
Dipl. Psych. Peter Schroeder
Psychologischer Psychotherapeut, zertifizierter
Bioenergetischer Körperpsychotherapeut
Privat und Beihilfe
www.Praxis-Peter-Schroeder.de
Tel.030/265 51 600 Nähe Nollendorfplatz

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

Zusätzlich gibt es ein Abendtreffen mit den Eltern. Finanziert wird das Projekt von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin und ist für Schulen kostenlos! Weitere Infos unter www.qrage-online.de. Möchten auch Sie mir Ihrer Klasse an dem Projekt teilnehmen? Dann wenden Sie sich an die Koordinatorin des Projekts: Corinna Telkamp, Tel.: 030-61 65 70 90.

Termine der SeniorInnen
14. September: Besuch der „Eisernen Villa“ in Tegel. Um 10.30 Uhr U-Bhf Alt-Tegel, Ausgang Berliner Straße.
20. September: Auf nach Lübars! Um 10 Uhr am S-Bhf Schönhauser Allee am Platz vor den „Arkaden“.
26. September: Herbstspaziergang vom Allendeviertel zur Flussgaststätte auf der Spree. Um 10 Uhr an der Bushaltestelle U-Bhf Köpenick.
26. September: Führung durch die Liebermann-Villa in Wannsee. 10.30 Uhr an der Liebermann-Villa, Colomierstraße 3.
17. Oktober: Besuch des Kalkwerks Rüdersdorf. Um 9.30 Uhr in der Halle des S-Bahnhofs Friedrichshagen.

MATERIALIEN

Lehrergesundheit
Das Buch „Lehrergesundheit Baustein einer guten gesunden Schule“ entstand aus den Ergebnissen eines Modellprojektes zur Gesundheitsförderung an Schulen. Gute und gesunde Schule funktioniert nur, wenn alle an der Schule Beteiligten gemeinsam an der Verwirklichung ihrer Ziele arbeiten und das Klima von gegenseitiger Unterstützung und Hilfe geprägt ist. Wie man das erreichen kann, wird im Handbuch beschrieben. Das Buch zeigt aber auch Schwierigkeiten und Probleme bei diesen Veränderungsprozessen auf und bietet Lösungsmöglichkeiten an.
„Lehrergesundheit Baustein einer guten gesunden Schule“; DAK Schriftenreihe, Mat.Nr.: W40320061/02.06; Download: www.dak.de/lehrergesundheit; Bestellung Druckexemplar: DAK, Nagelsweg 2730, 20097 Hamburg, Tel.: 040 23962031

Schulmodelle im Norden
Was machen die Skandinavier anders? Was tun sie für ihre Kinder? Und welches Menschenbild steht dahinter? Welches Verständnis von Gesellschaft? Auf diese Fragen antwortet das gerade erschienene Buch zur „Schulpolitik in Skandinavien“, herausgegeben vom KULTURHUS BERLIN. Zentrum für nordeuropäische Kultur und Wissenschaft. Umfassend und übersichtlich dargestellt werden die Schulmodelle in Finnland, Norwegen, Schweden und Dänemark. Das Buch zur „Schulpolitik in Skandinavien“ kostet 20 Euro und kann bestellt werden direkt beim KULTURHUS BERLIN e.V. per Fax unter 030.2093-9626 oder im Internet unter info@kulturhus-berlin.de und ist bereits im Buchhandel erhältlich.

Globaler Freihandel
In der Reihe „Privatisierungsreport“ ist als vierte Publikation die Broschüre „Globaler Freihandel: Wie das weltweite Geschäft mit der Bildung angekurbelt wird“ erschienen. Die Broschüre ist in einigen Exemplaren in der GEW-Geschäftsstelle erhältlich und kann als PDF-Datei von der Internetseite der GEW BERLIN heruntergeladen werden.

ANZEIGEN

PRAHA
5 Tage mit Programm ab 69,- €
www.agaria.de
Unsere Vorteile für Sie:
- Kostenlos: Ihr 20-seitiger Gruppenreiseplaner Prag!
- Ein tschechisches Team betreut Sie rund um die Uhr!
- Individuelle Programmgestaltung nach Ihren Wünschen!
- Eigenes Büro und Hotel in Prag!
- Nur bei uns: Sie zahlen die gesamte Reise erst nach der Fahrt!

AGARIA TOURS
FACHVERANSTALTER FÜR STUDIENREISEN IN DIE TSCHECHISCHE REPUBLIK & SLOWAKEI
Radek Byšek - Steintorweg 9 - 20099 Hamburg
Tel. 040/280 95 90 - Fax 040/280 95 9-13 - E-Mail info@agaria.de

REAL-TOURS S.R.L.
Tel. 00 39/05 47/67 27 27
Fax 00 39/05 47/67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico / Italia
www.real-tours.de
24 h online buchen
E- Mail: Info@real-tours.de
SCHULFAHRTEN 2008
NEU: FLUGREISEN (Sie buchen den Flug, alles Weitere organisieren wir)
z. B. 6 Tage Cesenatico Euro 184,00 VP, 6 Tage Spanien Euro 223,00 HP
Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 198,00 VP
Busfahrten zur Toskana-Küste, zum Gardasee, nach Rom, nach Sorrent, nach Südtirol, nach Spanien, nach Griechenland, nach Prag, nach Paris, nach London.
Individuell für Lehrer und Begleiter: Oster- und Silvesterfahrten
Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2007/08.
Weitere Informationen auch bei:
R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
Telefon 083 22 – 800 222, Telefax 083 22 – 800 223

Tel. (030) 30 30 83 - 0
BUSART-TOURS GmbH
Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de
Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

EINSTIEG abi
Messe
28. + 29. September
Berlin
Messe Berlin
Halle 1 + 3
9 – 17 Uhr
Eintritt: 4 Euro*
* Am Freitag ist der Eintritt für angemeldete Schüler frei. Infos unter www.einstieg.com.
Orientierung für Abiturienten!
Neue Studienabschlüsse, Studiengebühren, das duale Studium, neue Ausbildungsberufe – wer erklärt dies Ihren Schülern? Auf der EINSTIEG Abi Messe in Berlin stehen bis zu 300 Aussteller Rede und Antwort. In Vorträgen und Talkrunden gibt es außerdem Hilfe zur Berufsorientierung sowie Infos zu Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten. Für Lehrer bietet die EINSTIEG Abi Informations- und Fortbildungsangebote, die dabei helfen, Projekte zur Berufsorientierung an der Schule sinnvoll zu integrieren.
Unter der Schirmherrschaft von:
Bundesministerium für Bildung und Forschung
BER
Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Berlin-Brandenburg
Medienpartner:
DIE ZEIT FÜR DIE SCHULE
fritz rbb fritz.de
PRINZ
DER TAGESSPIEGEL

Darlehen supergünstig *1) nominal **1,95%** ab **2,34%** effektiver Jahreszins

35-jährige Beraterkompetenz **Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter** Vorortberatung wählbar alles kostenfrei

Beamtendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 12 Jahre Lfz., bei 30 000,– €, mtl. *342,– €, bei 60 000,– €, *684,– € Rate, *jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie. Festzinsgarantie ges. Lfz. 5,37%, eff. Jahreszins 5,99%, b. 12 Jahre, bei Lfz. 14 Jahre eff. Zins ab 6,01%, max. Lfz. 20 Jahre. Kürzere Lfz. bei Gewinnanteilsverrechnung. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken, mit 5% Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 100%.

www.ak-finanz.de AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen Telefax: (06 21) 51 94 88, Faxabruf: (06 21) 62 86 09 Gebührenfrei Tel. 0800/1000 500

KLASSENREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-

Oder Österreich ... Holland

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 • 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 • Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter: 030-303083-6

Lothar Kögel Studienreisen 12207 Berlin Hartmannstraße 30 Tel. 771 30 10 Fax 771 30 133

IHRE ANZEIGE IN DER BLZ
Tel: 030-21 99 93 46 • Fax: 030-21 99 93 49

Studienreisen / Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach		10-Tage-Busreise z.B. nach	
Wien	ÜF 192,– Euro	Südengland	Ü 213,– Euro
Budapest	ÜF 192,– Euro	Toskana	Ü 202,– Euro
London	ÜF 254,– Euro	Südfrankreich	Ü 230,– Euro
Prag	ÜF 199,– Euro		
Paris	ÜF 224,– Euro		
Rom	ÜF 238,– Euro		

(Unterbringung in Selbstversorger-unterkünften)

Alle Ausflugsfahrten inklusive!
Flug- und Bahnanreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!

REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜNEN
TELEFON (0 23 06) 7 57 55-0 • FAX (0 23 06) 7 57 55-49 • www.rsb-krause.de

HOF LUST
Miteinander statt Gegeneinander

Klassenfahrt auf Reiterhof sinnvoll anders gestalten

Außer Reiten bieten wir ein spielerisches Training und Gemeinschaftserlebnis basierend auf den 30 Menschenrechten der Vereinten Nationen an. Ein ausführlicher Wochenplan und DVD kann angefordert werden. Mo-Fr. Vollpension und Reiten 140.- €, nur Menschenrechtsprogramm 125.- €, Menschenrechte und Reiten 160.- €

Hof Lust • 29553 Bienenbüttel • Tel 058 23 73 67 • www.hoflust.de

Locke-Service-Büro

Reisen und Service in & um Berlin
für Gäste und Gruppen
Madeira Wandern 10 Tage ab 1255 €
Gomera Wandern & Relaxen ab 1359 €
Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!

LockeToursBerlin
Bundesallee 115 12161 Berlin
Tel. (0 30) 8 52 30 30 Fax 8 52 40 71

KINDERLIEDER für Pädagogen
Tel.: 323 95 52
www.gitarren-spass.de

Prag
Spitzenhotel zum kleinen Preis
4 Tage Busreise ab € 79

CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH

www.cts-reisen.de/topangebote Tel. 05261 2506-25

Jugendgästehaus Osterode am Harz (Nds.)
direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt, 129 Betten, Lehrerfreiplätze, div. Pauschalangebote ab 61 Euro für 4 Nächte inkl. Programm und HP. Veranstaltungs- und Seminarräume für bis 200 Personen.
Tel.: 0 55 22/55 95, Fax 68 69
jgh.oha@t-online.de
Info: www.jugendgaestehaus.osterode.de

MODERNE KOMFORT-FERNREISEBUSSE
von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Telefon, Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, geschultes und erfahrenes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20
pkr-bus@bln.de

www.italia-casale.de
Die Ferienhaus-Spezialisten für Italien
030.308 204 08 · Manteuffelstr. 5a · 12203 Berlin

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit
Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers

Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

Schullandheim
Freizeitstätte
Tagungsraum
HAUS LANKAU SCHULLANDHEIM
Für Schulkinder, Jugendliche und Erwachsene
Direkt am Elbe-Lübeck-Kanal
Info: Pro FUN, Staatl. Handelsschule
Kellinghusenstr. 11, 20249 Hamburg
T: 040 428985-233, F: 040 428985-234
www.HausLankau.de

Die Klassenfahrtseite
schulfahrt.de
Katalog+Beratung: 0 35 04-64 33-0

BUTTON MASCHINEN
GRAPH DRUCKULA e-mail: info@graph-druckula.de
VERLEIH · VERKAUF · PRODUKTION

Buttons entwerfen per Mausklick!
Anleitung herunterladen, Button selbst gestalten, gewünschte Auflage drucken, Buttonmaschine ausleihen und los gehts... **Ideal für Schulfeste, den Kunstunterricht, bei der Jugendarbeit, Basaren, Vereinsfesten.**
Lassen Sie sich Ihre Maschine rechtzeitig reservieren!

www.graph-druckula.de

Graph Druckula GmbH
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin Kreuzberg
Fon (030) 694 016 20
Fax (030) 694 016 25

GEW IM SEPTEMBER/OKTOBER 2007

13. SEPT.	19.00 Uhr	**Landesausschuss Frauenpolitik**	Raum 34
17. SEPT.	15.30 Uhr	**AG Bildungsfinanzierung**	Raum 33
	18.00 Uhr	**FG soz.päd. Aus-, Fort-, Weiterbildung**	Raum 34
18. SEPT.	19.00 Uhr	**AG Schwule Lehrer**	Raum 47
19. SEPT.	10.00 Uhr	**Seniorenausschuss**	Raum 33
	13.00 Uhr	**AG Altersversorgung**	Raum 34
	19.00 Uhr	**AG Frieden**	Raum 47
20. SEPT.	18.00 Uhr	**AG Kita**	Raum 32
	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 33
	19.00 Uhr	**FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit**	Raum 34
22. SEPT.	15.00 Uhr	**VHS-DozentInnen**	Raum 32
25. SEPT.	18.00 Uhr	**MV Referendare**	Raum 33
26. SEPT	15.00 Uhr	**Junge Alte**	Raum 47
01. OKT.	18.00 Uhr	**Junge GEW**	Raum 34
	18.00 Uhr	**FG soz.päd. Aus-, Fort-, Weiterbildung**	Raum 47
04. OKT.	17.00 Uhr	**AG Lehrbeauftragte**	Raum 33

BILD DES MONATS

VERANSTALTUNGSHINWEISE

GEW-RADTOUR ZUM SCHLAUBETAL IN OSTBRANDENBURG

Am Samstag, 15.09.2007, Anmeldungen über mtriebe@surfeu.de oder GEW-Geschäftsstelle.

POLITISCHER STAMMTISCH: PRIVATISIERUNG DER DEUTSCHEN BAHN

Zur Einstimmung des Stammtisches wird der Film „Bahn unterm Hammer" von Herdolor Lorenz und Leslie Franke gezeigt. **Donnerstag, 27. September 2007** um 19.30 Uhr im GEW-Haus. Bitte Anmeldung unter Tel. 21 99 93-0.

EINSCHULUNG VON KINDERN MIT BEHINDERUNG

Fachtagung mit den Referentinnen Ursula Deppisch (Grundschule am Rüdesheimer Platz) und Rosemarie Stetten (Charlotte-Salomon-Grundschule) sowie weiteren ExpertInnen der beteiligten Verbände.
Samstag, 6. Oktober 2007, 10 bis 16 Uhr in der Grundschule an der Marie, Christburger Str. 7, 10405 Berlin-Prenzlauer Berg. Teilnehmerbeitrag 5 Euro inklusive Getränke und Imbiss. Veranstaltet von der GEW BERLIN, Eltern beraten Eltern von Kindern mit und ohne Behinderung e.V., Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V., Arbeitskreis Neue Erziehung e.V., Eltern für Integration e.V., tandem BQG

GEMEINSCHAFTSSCHULE ALS AUSWEG AUS DER SCHULKRISE?

Konzepte, Erfahrungen, Problemlösungen sind Thema einer Ringvorlesung im Wintersemester 2007/2008, die Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz (TU) in Kooperation mit der GEW Berlin veranstaltet. Die Ringvorlesung findet 14tägig jeweils am Donnerstag von 16 bis 18 Uhr in der Franklinstr. 28-29, 10587 Berlin, Raum FR 3533 (Bus 245, Einsteinufer) statt. **25. Oktober 2007:** Eröffnungsvorlesung Thema: Gemeinschaftsschule : Gesamtschule neu verpackt oder Antwort auf heutige Zukunftsfragen? Das gesamte Programm der Ringvorlesung steht auf der Internetseite der GEW BERLIN.